

Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft: Hürden und Möglichkeiten

SÄMTLICHE ERGEBNISSE EINER UMFRAGE
UNTER LANDWIRT:INNEN



Herausgeber

Oekozenner Pafendall asbl
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg
Tel.: +352 439030-40
Email: agri@oeko.lu
oekozenner.lu

Lëtzebuenger Landjugend a Jongbaueren asbl
5, avenue Marie-Thérèse
L-2132 Luxembourg
Tel.: +352 44743 – 252 / 562
Email: info@jongbaueren.lu
jongbaueren.lu



Die Umfrage der *Ekologesch Landwirtschaftsberodung* wurde vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung sowie vom Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung im Rahmen zweier Konventionen finanziell gefördert.



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Environnement, du Climat
et du Développement durable



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture
et du Développement rural

Eine Zusammenfassung sowie auf der Umfrage basierende Empfehlungen sind unter oekozenner.lu verfügbar und können auch als Druckexemplare gratis bestellt werden unter: secretariat@oeko.lu, Tel. 439030-40.

Inhaltsverzeichnis

	Kontext	4
1.	Vorstellung der Umfrage	5
1.1	Rahmen und Zielsetzung der Umfrage	5
1.2	Zielgruppe, Verbreitung und Methoden	5
1.3	Struktur, Umfang und Inhalte	5
1.4	Auswertung	6
2.	Wer hat teilgenommen?	7
2.1	Profil der Teilnehmenden	7
2.2	Zu den Betrieben	8
2.3	Betriebsflächen und Schutzgebiete	8
3.	Betriebsentwicklung & Genehmigungen	9
3.1	Projekte	9
	Bauprojekte und Studien	9
3.2	Gründe für Projekte	10
3.2.1	Modernisierung und Lebensqualität	11
3.2.2	Politik, Vorschriften und Prämien	12
	Klimaanpassung	13
	Tierwohl	13
	Zustand der Umwelt	14
3.2.4	Ernährung der Bevölkerung, Vermarktung und Verbraucher:innen	15
3.3	Planung, Beratung und Genehmigung	16
3.3.1	Ansprechpartner	16
3.3.2	Beratung	16
3.3.3	Schwierigkeiten	18
	Anregungen von Teilnehmenden	19
4.	Klima-, Umwelt- & Naturschutz: Förderprogramme und Maßnahmen	21
4.1	Überblick	22
4.1.1	Gründe für die Teilnahme	22
4.1.2	Vorteile und Impact	23
4.1.3	Hürden und Schwierigkeiten	25
4.2	Thematische Auswertung	26
4.2.1	Umweltfaktoren und Tierwohl	26
	Monitoring und Lerneffekte	27
4.2.2	Gesetzliche Faktoren	29
	Biotop-Schutz	30
4.2.3	Image und soziale Faktoren	32
4.2.4	Staatliche Förderung	33
	Bezahlung für Ökosystemleistungen	34
4.2.5	Produktion und Vermarktung	34

Kontext

	Erträge und Bewirtschaftung	34
	Vermarktung und Produktqualität	35
	Pachtland	36
4.2.6	Weitere Umfrage-Kommentare	37
4.3	Informationen und Beratung	37
	AUK-Maßnahmen und Biodiversitätsprogramme	39
5.	Zusammenarbeit und Weiterbildung	40
5.1	Gute Beispiele	40
5.2	Weiterbildung und Austausch zu Umweltschutz	41
6.	Nutzung und Verwertung der Ergebnisse	42

Die Ziele für den Erhalt und Schutz der Umwelt, Gewässer und Arten in Luxemburg können nur durch ein aktives Mitwirken der Landwirte erreicht werden. Sie bewirtschaften rund die Hälfte der Landesfläche. Fast ein Drittel hiervon ist geschützt (Natura 2000, Trinkwasserschutz zonen, Naturschutzgebiete, Biotope). Umwelt -und Naturschutzmaßnahmen der Betriebe werden staatlich gefördert und von fast allen Betrieben durchgeführt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Dennoch nimmt die Artenvielfalt weiter ab. Auch die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe geht weiter zurück. Der Flächenanteil der biologischen Landwirtschaft hinkt mit 6 % weit hinter dem 20 %-Ziel des Panbio2025 hinterher.

1. Vorstellung der Umfrage

1.1 Rahmen und Zielsetzung der Umfrage

Mit der Umfrage wollten das Oekozenster Pafendall und die *Lëtzebuurger Landjugend & Jongbaueren* (LLJ) mehr darüber erfahren, welche Hürden und Verbesserungsmöglichkeiten es für Klima-, Umwelt-, und Naturschutz aus Sicht landwirtschaftlicher Betriebe in Luxemburg gibt. Dies mit dem Ziel, sowohl einen Mehrwert für den Biodiversitätsschutz als auch für die Landwirtschaft zu erreichen. Beide Ziele sind untrennbar miteinander verbunden.

Auf Grundlage der Umfrageergebnisse wurden Empfehlungen dazu ausgearbeitet, wie Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Umwelt- und Naturschutz verbessert, Hürden verringert und Landwirt:innen stärker begleitet und unterstützt sowie der Erhalt und Schutz von Natur und Landschaft verbessert werden können.

Die Umfrage wurde vom 16. Juni 2022 bis 27. September 2022 durchgeführt, d.h. während der Förderperiode 2014-2022 der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP). Die Antworten bieten daher keine Erkenntnisse dazu, wie die Teilnehmenden die neu ausgerichtete Agrarpolitik einschätzen. Sie lassen jedoch Rückschlüsse darauf zu, was den teilnehmenden Betrieben in Bezug auf das neue nationale Gesetz zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums („Agrargesetz“) und die neuen Förderprogramme 2023-2027 besonders wichtig ist.

1.2 Zielgruppe, Verbreitung und Methoden

Die Umfrage war breit angelegt: sie wandte sich an alle, die in Luxemburg landwirtschaftlich tätig sind, ob im Haupt- oder Nebenerwerb oder als Hobby; an Bauern mit oder aus Familienbetrieben sowie an Quereinsteiger:innen (einschl. in der solidarischen Landwirtschaft). Die Umfrage wurde online und mithilfe von LimeSurvey durchgeführt (Zeitraum: 14.06. bis 27.09.2022).

Verteilt und bekannt gemacht wurde die Umfrage über die jeweiligen Webseiten und sozialen Medienkanäle der *Jongbaueren* und des Oekozenster Pafendall sowie über verschiedene Email-Verteiler und Newsletter, einschließlich von anderen landwirtschaftlichen Beratungen, Ausbildungsstrukturen (LTA), über das Landwirtschaftsministerium, Naturschutzsyndikate, eine Anzeige im *Lëtzebuurger Bauer*, einen Stand bei der *Foire Agricole* und persönliche Kontaktaufnahmen.

1.3 Struktur, Umfang und Inhalte

Die Umfrage umfasste 50 Fragen. Bei einem Großteil der Fragen konnten die Teilnehmenden zwischen mehreren vorgegebenen Antworten wählen (*multiple choice*). Zu vielen Fragen konnten sie ihre Antworten zusätzlich in offenen Textfeldern ausführen. Die Umfrage nahm zwischen 20 und 45 Minuten in Anspruch (je nachdem, in welchem Umfang die offenen Kommentarfelder genutzt wurden).

Die Umfrage umfasste drei Bereiche:

- Betriebsentwicklung und Genehmigungen
- Klima-, Umwelt- und Naturschutz: Maßnahmen
- Zusammenarbeit, Beratung und Weiterbildung

Die Fragen wurden Anfang 2022 im Rahmen der *Decisionsgruppe der Ökologesch Landwirtschaftsberodung* ausgearbeitet, die sich unter anderem aus Mitgliedern der *Lëtzebuurger Landjugend a Jongbaueren* (LLJ), des Oekozenster Pafendall und des *Mouvement Ecologique* zusammensetzt.

Zusätzlich wurden Gespräche mit Mitarbeitenden einer Reihe von Einrichtungen geführt, die an der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Umwelt- und Naturschutz tätig sind, u.a. in Naturschutzsyndikaten, Beratungsstrukturen für die Landwirtschaft sowie betroffene Ministerien / Verwaltungen.

1.4 Auswertung

Weit über 100 Landwirt:innen haben sich an der Umfrage beteiligt, 86 von ihnen haben den Online-Fragebogen vollständig beantwortet. Die Teilnahme war anonym.

Bei der quantitativen Auswertung wurden ausschließlich die empirischen Daten jener **86 Teilnehmenden** berücksichtigt, von denen sämtliche Antworten vorlagen. Die qualitative Analyse dahingegen umfasst die Kommentare sämtlicher Teilnehmenden, welche in vorliegendem Dokument auch in Gänze wiedergegeben werden.

Die Teilnehmenden konnten ihre Kontaktdaten separat angeben, um über die Umfrageergebnisse informiert zu werden und/oder sich für weiterführende Gespräche zur Verfügung zu stellen. Die 26 Teilnehmenden, die auf diese Weise ihr Interesse bekundeten, wurden zu Workshops eingeladen, bei welchen zentrale Fragen vertieft wurden.

So fanden am 29. November und 8. Dezember 2022 **mehrstündige Workshops** mit insgesamt 10 Landwirt:innen (fast alle Junglandwirt:innen) statt, die zu der vorliegenden Auswertung der Umfrage beigetragen haben. Weitere Gespräche fanden anschließend im Rahmen der *Decisionsgrupp* der *Ökologësch Landwirtschaftsberodung* statt.

In untenstehender Analyse werden **sämtliche** Kommentare wiedergegeben, die Teilnehmende in die offenen Textfelder der Umfrage geschrieben haben. Es wurde keinerlei Auswahl getroffen (nur unsachliche Kommentare wurden entfernt). Die Verteilung der Kommentare erklärt sich daher allein dadurch, dass die Teilnehmenden zu einigen Fragen mehr Kommentare geschrieben haben als zu anderen und dass nicht zu allen Fragen Kommentarfelder zur Verfügung gestellt wurden.

Zusätzlich werden Aussagen und Erkenntnisse aus den Workshops zusammengefasst. Dort, wo sich die Auswertung auf die Umfrage-Kommentare oder Workshops stützt, wird explizit darauf hingewiesen.

Es bleibt anzumerken, dass sich sowohl die Umfrage-Kommentare als auch Workshop-Diskussionen stark auf bestimmte Themen konzentriert haben. Dies erklärt, warum die Kommentare und Workshop-Zusammenfassungen – sowie Verweise auf diese – in vorliegendem Dokument ungleich verteilt sind.

Allein die Anzahl Kommentare und Diskussionen aus den Workshops geben ein Eindruck davon, wo „der Schuh drückt“ und was Landwirt:innen in punkto Umwelt- und Naturschutz besonders wichtig ist.

2. Wer hat teilgenommen?

2.1 Profil der Teilnehmenden

Anzahl der Teilnehmenden, welche die Umfrage vollständig beantwortet haben: 86.

Dies entspricht 4,6 % der Betriebe, die 2021 im Voll- oder Nebenerwerb in der Landwirtschaft tätig waren¹.

a) Erwerbsstatus und Stellung

Der Betrieb der Teilnehmenden wurde geführt im:

- **Haupterwerb** (Standardoutput (SO)² >75.000€/Jahr): 73 der Teilnehmenden (knapp 85%)
- **Nebenerwerb** (SO 25.000 – 75.000 EUR): 2 Teilnehmende (2%)
- **Nebenerwerb** (SO von weniger als 25.000 EUR): 8 Teilnehmende (8 %)

Drei Teilnehmende haben ihren Erwerbsstatus nicht angegeben.

Knapp 90 % der Teilnehmenden (77) haben die Betriebsleitung inne oder sind Betriebsnachfolger:innen. Die übrigen sind bei einem Betrieb als Mitarbeiter:in oder Aushilfe angestellt (4) oder haben die Frage nicht beantwortet (5).

b) Alter

Die Teilnehmenden sind überdurchschnittlich jung. Mehr als die Hälfte war unter 40 Jahre alt. Im Vergleich hierzu macht diese Altersgruppe unter den Betrieben landesweit weniger als 30 % der Betriebsleiter:innen aus (und die über 50-Jährigen mehr als die Hälfte)³. Der hohe Anteil an Junglandwirt:innen unter den Umfrage-Teilnehmenden lässt damit erklären, dass die Umfrage online und in Kooperation mit den *Jongbauern* durchgeführt wurde.

	Unter 30 Jahre	31-40 Jahre	41-50 Jahre	Über 51 Jahre
Anzahl Teilnehmer	22	25	25	16
% Umfrage	26%	29%	29%	16%
% MAVDR 21 ²⁾	12%	18%	18%	52%

c) Geographische Verteilung

Aus allen Landesteilen haben Betriebe an der Umfrage teilgenommen. Wie der Vergleich mit der generellen Verteilung sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe im Land zeigt (in Prozentsätzen), ist die Teilnahme geographisch gesehen recht repräsentativ.

	Teilnehmer	% Umfrage	% SER ²⁰²⁰
Clervaux	13	15%	14%
Wiltz	6	7%	8%
Vianden	1	1%	3%
Diekirch	6	7%	7%
Redingen	14	16%	11%
Mersch	7	8%	7%
Echternach	8	9%	7%
Grevenmacher	7	8%	11%
Luxembourg	2	2%	6%
Capellen	8	9%	7%
Remich	4	5%	13%
Esch an der Alzette	6	7%	6%

Tabelle: Direkter Vergleich mit der Landesverteilung nach einer SER-Erhebung in 2020 in prozentualer Verteilung (MAVDR/SER, 2020).

¹ In Luxemburg gab es 2021 insgesamt 1869 landwirtschaftliche Betriebe im Voll- und Nebenerwerb (Quelle: Rapport d'activité 2021, Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural)

² Der Standardoutput (SO) wird in der EU verwendet, um landwirtschaftliche Betriebe nach wirtschaftlicher Betriebsgröße und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung zu klassifizieren.

³ Rapport d'activité 2021, Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural

2.2 Zu den Betrieben

a) Ausrichtung

Von den insgesamt 86 Teilnehmenden waren:

- Knapp 20 % **Bio-Landwirt:innen** (17 Personen) – dies entspricht knapp 14 % der insgesamt 123 **Bio-Betriebe**, die es 2022 in Luxemburg gab (in Umstellung und Teilumstellung inklusive)⁴
- 13 % Quereinsteiger:innen (11 Personen)

b) Betriebszweige

Knapp 92 % der Teilnehmenden verfügen über Dauergrünland, rund 87 % bewirtschaften Ackerland.

Die folgenden Betriebszweige wurden angegeben (Mehrfachnennungen möglich):

- Ackerbau (69 %)
- Milchproduktion (59 %)
- Rinderaufzucht (40 %)
- Mutterkuhhaltung (37 %)
- Rindermast (29 %)
- Geflügel (13 %)
- Obstanbau (12 %)
- Gemüseanbau (8 %)
- Schweineproduktion (6 %)
- Weinbau (2 %)

87 % der Teilnehmenden mit Nutztieren betreiben Weidehaltung (davon 24 % teilweise, d.h. nicht jedes Tier auf diesen Betrieben hat Zugang zur Weide).

Darüber hinaus produziert eine Mehrheit erneuerbare Energien und/oder nachwachsende Rohstoffe:

- Solarstrom (53 %)
- Forstwirtschaft (11 %)
- Biogas (6 %)
- Nachwachsende Rohstoffe (4 %)
- Windenergie (1 %)

2.3 Betriebsflächen und Schutzgebiete

Die Größe der von den Teilnehmenden bewirtschafteten Flächen beträgt (Kategorisierung gemäß Antwort-Optionen aus der Umfrage):

- 201-500 ha: 15 Personen
- 101-200 ha: 39 Personen
- 51-100 ha: 19 Personen
- 11-50ha: 6 Personen
- 0-10ha: 5 Personen

Die überwiegende Mehrheit der teilnehmenden Betriebe (63 %) bewirtschaftet Flächen, die zumindest teilweise in Schutzgebieten liegen und/oder auf denen sich geschützte Biotope befinden:

- Geschützte Biotope (57 %)
- Natura 2000 (50 %), darin sensibles Dauergrünland mit Umbruchverbot (40 %)
- Trinkwasserschutzzone (42 %)
- Naturschutzgebiet (23 %)

3. Betriebsentwicklung & Genehmigungen

3.1 Projekte

Frage: *Haben Sie in den letzten 5 Jahren größere Projekte zur Entwicklung Ihres Betriebs durchgeführt oder planen Sie Projekte für die Zukunft (Mehrfachnennung möglich)? Wenn ja, welche?*

- 56 % der Teilnehmenden haben in den letzten 5 Jahren größere Projekte durchgeführt,
- 38 % planen mindestens ein größeres Projekt für die Zukunft;
- 28 % hatten weder in den letzten 5 Jahren größere Betriebsentwicklungsprojekte, noch planen sie derzeit welche für die Zukunft.

Bei den Projekten handelt es sich größtenteils um Betriebsvergrößerungen und Investitionen in neue Technik. Darüber hinaus überwiegen Projekte hin zu mehr Spezialisierung leicht im Vergleich zur Diversifizierung der Produktion. Der Aufbau neuer Vermarktungswege spielt ebenfalls eine Rolle.

- Vergrößerung des Betriebes, Investitionen in neue Technik (76 %)
- Betriebsgründung / -übernahme (40 %)
- Spezialisierung der Produktion (35 %)
- Diversifizierung der Produktion (neue Produktionszweige) (31 %)
- Neue Vermarktungswege (21 %)
- Aussiedlung/Umsiedlung (15 %)
- Betriebsumstellung/ -teilumstellung (z.B. von konventionell zu bio) (9 %)

Bauprojekte und Studien

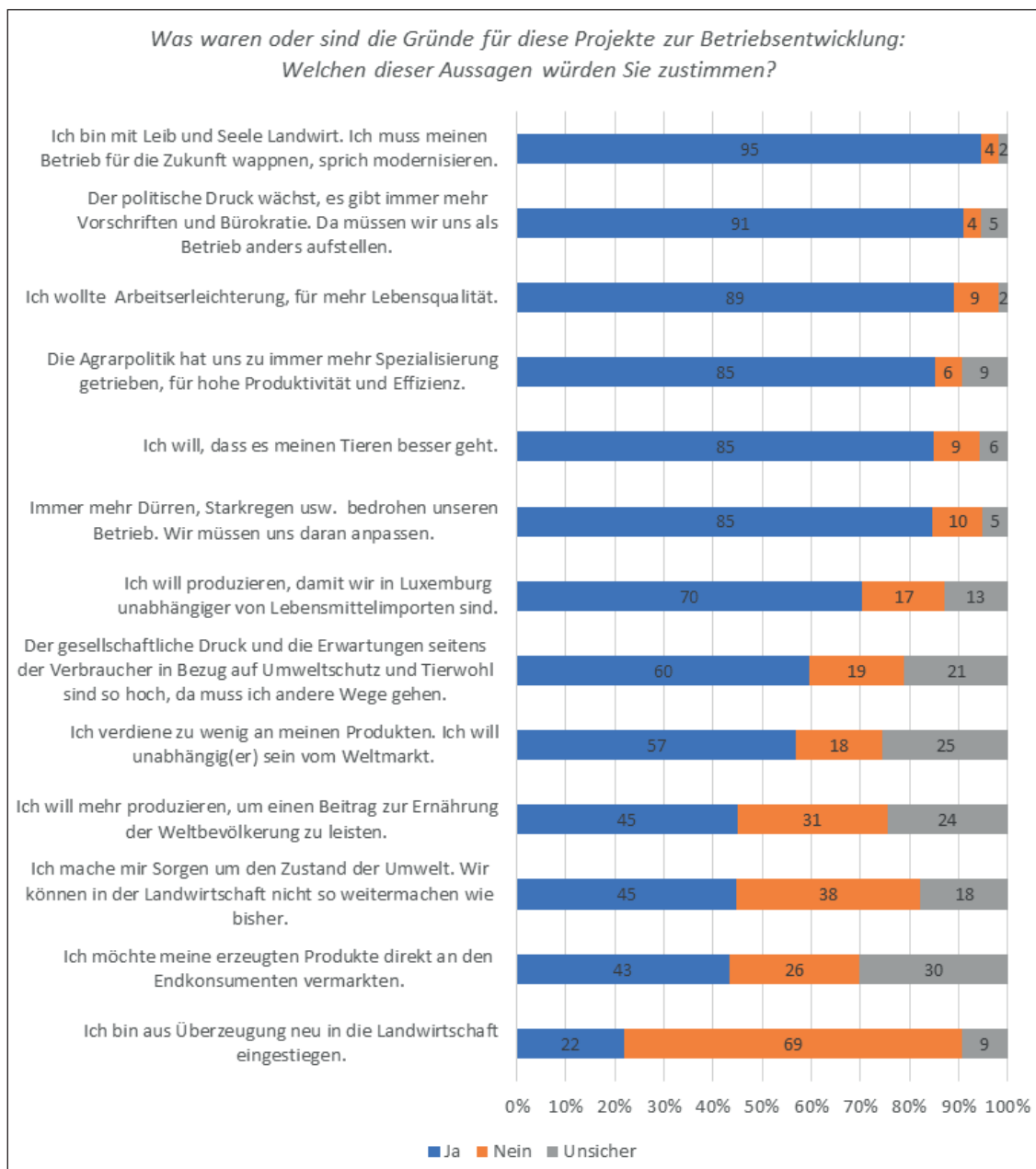
Bei weit über der Hälfte der Betriebe (63 %), die bereits größere Projekte durchgeführt haben und / oder Projekte für die Zukunft planen (39 %), waren diese mit Bauvorhaben verbunden. Hierbei handelt es sich um folgende:

- Neuen Stall (28 Teilnehmende)
- andere Neubauten (14 Teilnehmende)
- andere Aus- Und Umbauten (10 Teilnehmende)

Einige Beispiele (aus Kommentarfeldern): (Erweiterung) Milchviehstall, mobile Hühnerställe, Jungviehstall.

Zu diesen Bauvorhaben wurden in 17 der Fälle eine Impact-Studie / Gutachten erstellt. Hiervon waren 12 für den Erhalt einer Baugenehmigung erforderlich. Unter jenen Betrieben, die Impact-Studien/Gutachten in Auftrag gaben, waren 7 von ihrer Sinnhaftigkeit überzeugt, die anderen nicht.

3.2 Gründe für Projekte



Die Teilnehmenden wurden nach den Gründen gefragt, warum sie Projekte durchgeführt haben bzw. planen. Mögliche Gründe wurden ihnen in Form von 13 Aussagen zur Auswahl gestellt. Sie betrafen die folgende Bereiche:

- Modernisierung und Lebensqualität
- Politik, Vorschriften und Prämien
- Klima, Umwelt und Tierwohl
- Ernährung der Bevölkerung, Vermarktung und Verbraucher:innen.

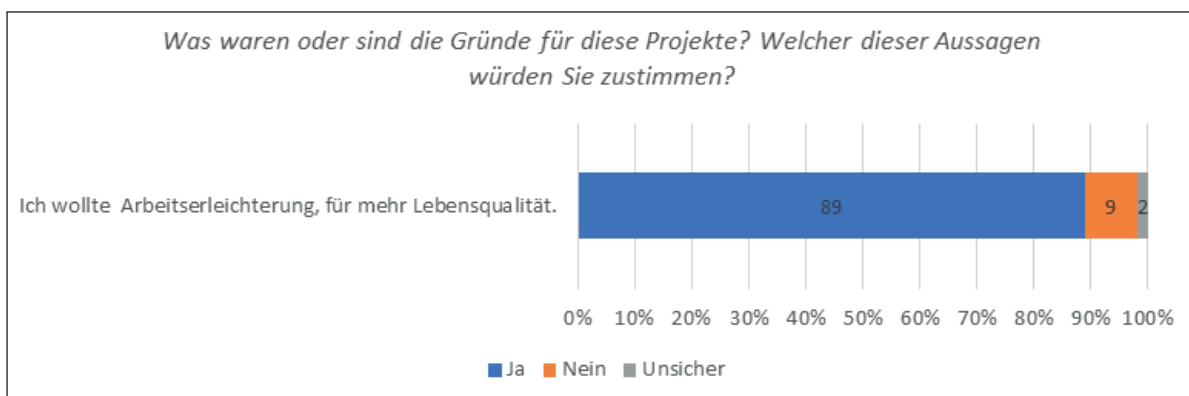
3.2.1 Modernisierung und Lebensqualität

Frage: Was waren oder sind die Gründe für diese Projekte? Welcher dieser Aussagen würden Sie zustimmen?

Die Notwendigkeit der Betriebsmodernisierung war der am häufigste genannte Grund für größere Betriebsprojekte: Knapp 95 % stimmten der Aussage zu, mit „Leib und Seele“ in der Landwirtschaft tätig zu sein und den Betrieb modernisieren zu müssen, um ihn für die Zukunft zu wappnen.

Der Wunsch nach Arbeitserleichterung und mehr Lebensqualität wird als weiterer besonders wichtiger Grund für betriebliche Projekte genannt (89 %).

Die Kommentare deuten darauf hin, dass die Modernisierung des Betriebs und der Wunsch nach Arbeitserleichterung zumindest bei einigen Betrieben mit einer Spezialisierung der Produktion und dem Ziel der Rentabilität einhergehen (siehe Kommentare).



Kommentare:

„Abschluss der Entwicklung zu einem spezialisierten Milchviehbetrieb welches über 10 Jahregeplant wurde (2008-2018). Ziel: Rentable Milchproduktion »

„Dauergrünlandes mit Null Düngung und Null Pflanzenschutz, wir zählen zu den 10 besten Milchproduktionsbetrieben in Luxembourg. Unsere Energie und Nährstoffbilanz ist top und ich denke man soll das machen was man am besten kann. Deshalb machen wir weiter Milchproduktion!“

„1 bis max 2 Betriebszweige sind genug. Lebensqualität bleibt sonst auf der Strecke. Vor 2017 waren es Mutterkühe und Milchkühe, jetzt nur noch Milchkühe weil die Preisentwicklung von den Erlösen es so wollten. Geld mit Mutterkühen zu verdienen war in den letzten Jahren nicht mehr möglich!“

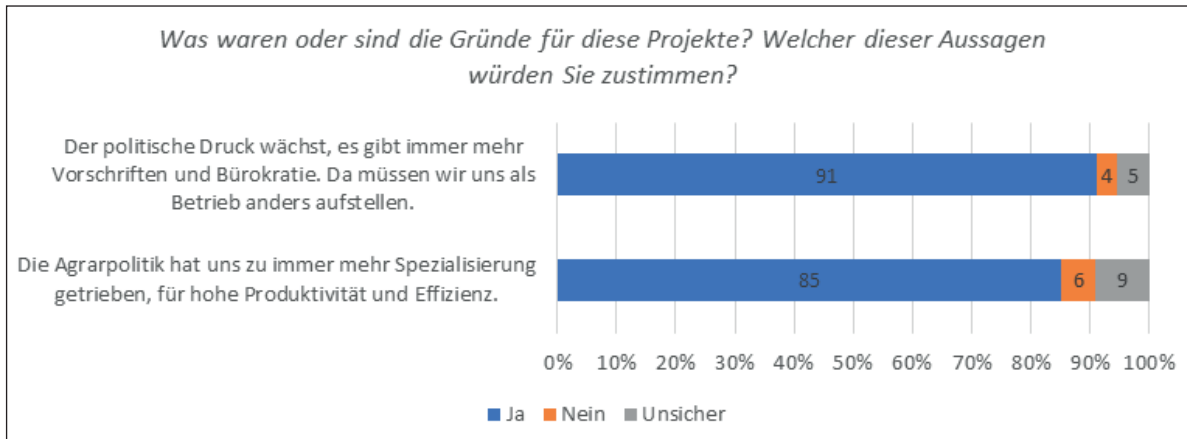
„Vereinfachter Einsatz von Fremd-AK [Arbeitskräften] durch Spezialisierung bringt mehr Lebensqualität für die betriebsleitende Familie“

„Aufgrund des Personalmangels ist es leider nicht möglich, den Hoflanden auf Dauer weiterzuführen, wenn man den Hof nicht vernachlässigen will. Arbeiten durch Maschinenring nicht zuverlässig“.

3.2.2 Politik, Vorschriften und Prämien

Politik und Verwaltungsaufwand gehören – nach der Notwendigkeit zu modernisieren und dem Wunsch nach Arbeitserleichterung - zu den am häufigsten genannten Gründen für Projekte zur Betriebsentwicklung. Knapp 91 % nennen eine Zunahme an politischem Druck, Vorschriften und Bürokratie als Hauptgrund für die Entscheidung ihren Betrieb anders aufzustellen.

Die Aussage, dass die Agrarpolitik die Spezialisierung von Betrieben stark befördert habe, fand insgesamt große Zustimmung (85 %).



Kommentare:

„Wir werden gezwungen unseren Betrieb in den GV zu verkleinern, da wir im Einzugsgebiet vom Stausee liegen, und das neue PSN liegt uns schwer im Magen. In den Versammlungen wurde uns ganz deutlich mitgeteilt, je weniger du produzierst desto mehr Prämien erhältst Du. Unser Ziel wird sein: von letzten 25 Jahre intensiver Bewirtschaftung zur extensiven Führung“.

„Lëtzebuerg ass an soll keng Insel gin. All Betriib soll sech frei entwécklen kennen ouni dat Politik dat beafflosen soll. Natirléich am Aklang an Respekt zu Natur an Klima. An kengem Sektor geet esou vill eraninterpretéiert ewéi an der Landwirtschaft z.b Google, Commerce, privat an öffentlich Bauten etc“

„Gesetzliche Wasserschutz und Tierschutzgesetze die extrem hohe Umweltschutzkosten erzeugt haben und keine finanzielle Unterstützungen dafür gab.“

„Ich würde gerne eine Biogasanlage auf dem Betreib betreiben, um die Verluste an Ammoniak noch geringer zu halten und die Wirtschaftsdünger noch aufzuwerten, jedoch ist diese nicht möglich, da die Investition nicht rentabel ist“

„4. Lockerung festgefahrener Ideen im Ministerium, andere Formen, Bautypen zulassen, Landwirtschaft muss innovativer werden, es soll aber weiter alles aussehen wie vor 50 Jahren, das geht nicht“

3.2.3.1 Klimaanpassung

Das Bewusstsein dafür, dass der Klimawandel Betriebe aufgrund von mehr Dürren, Starkregen usw. bedroht, scheint unter allen Betrieben groß zu sein. Denn die Anpassung an den Klimawandel ist unter den Umweltthemen der am häufigsten genannte Grund für größere betriebliche Projekte (85 %). Von den teilnehmenden **Bio-Landwirt:innen** stimmten sogar *alle* der Aussage zu, dass Extremwetterereignisse ihren Betrieb bedrohen und sie sich entsprechend anpassen müssen.

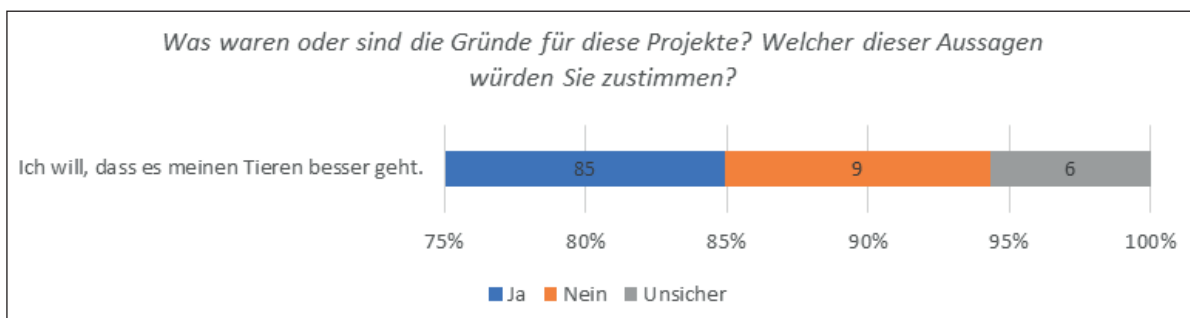


Workshops:

Einige Workshop-Teilnehmende vermuteten, dass die Anpassung an den Klimawandel auch deswegen so oft als Grund für Betriebsentwicklung genannt wird, weil einige der Umfrage-Teilnehmenden vor allem hervorheben wollten, dass sie „etwas für das Klima tun“.

3.2.3.2 Tierwohl

85 % der Teilnehmenden nannten den Wunsch nach einer Verbesserung des Tierwohls als weiteren Grund für betriebliche Projekte. Erwartungen seitens von Verbraucher:innen scheinen hierzu ebenfalls beizutragen, auch wenn sich diese aus Sicht einiger Landwirt:innen nicht (ausreichend) im Kaufverhalten der Verbraucher:innen widerspiegeln (siehe 3.2.4.).

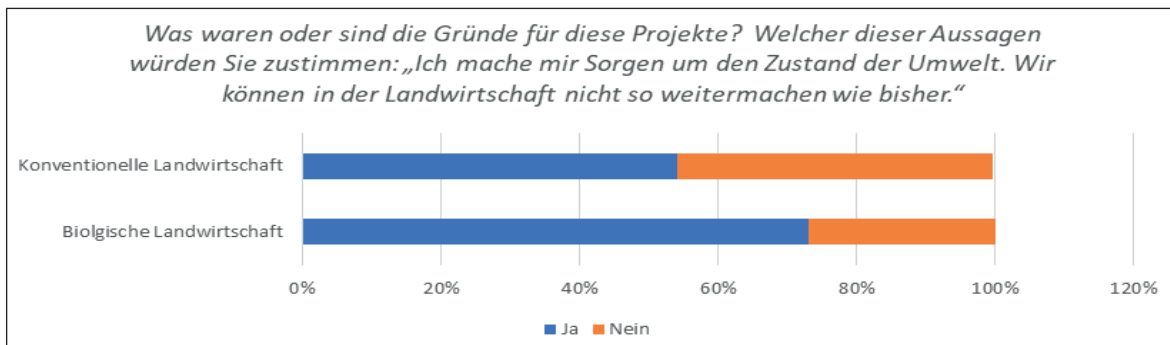


Kommentare:

„[...] Tierhaltung verbessern, mehr Tierwohl = gesündere vitalere Tiere = mehr Leistung = längere Lebenserwartung. Für die Zukunft gewappnet sein: was jetzt nach viel Platz bei einem Tier angesehen wird, kann in 10 Jahren Standard sein. [...]“

3.2.3.3 Zustand der Umwelt

Weniger häufig als Gründe für betriebliche Weichenstellungen werden Sorgen um die Umwelt genannt sowie die Ansicht, dass Landwirt:innen nicht mehr so weitermachen können wie bisher. Jedoch ist diese Einschätzung bei **Bio-Landwirt:innen** (61 %) stärker ausgeprägt als bei konventionellen Landwirt:innen (40 %).



Kommentare:

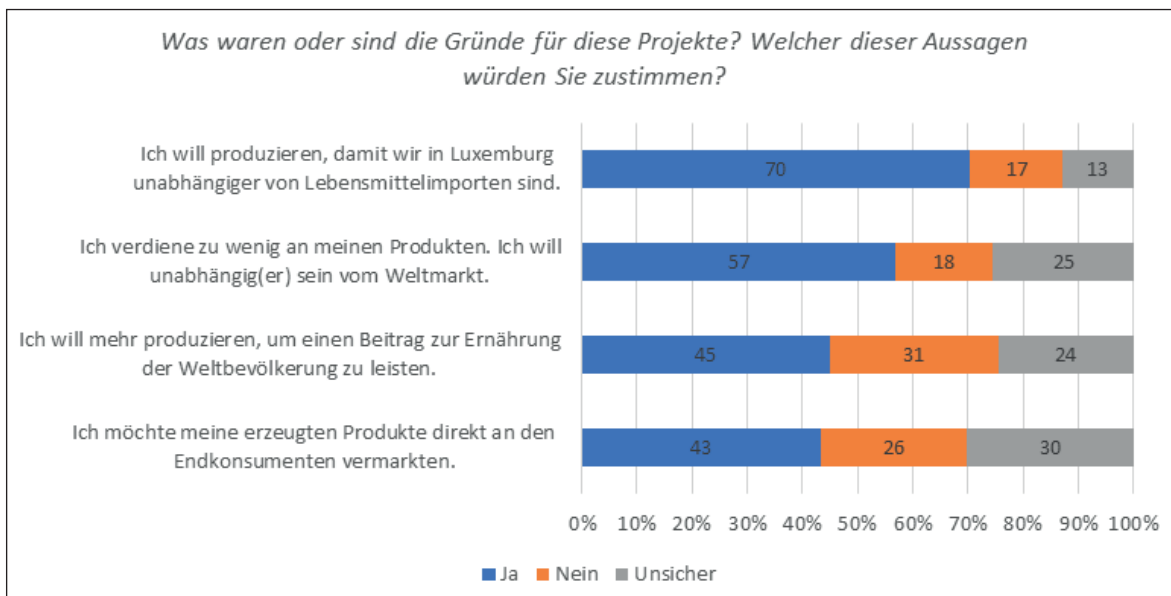
„Nachhaltigkeit beginnt meist bei der Landwirtschaft, daher müssen wir in Zukunft umdenken mit unseren Kulturen um Erosion und Bodenschutz/Insektenschutz zu gewährleisten. Leider gibt es in Luxemburg ein großes Problem: Das Land ist zu teuer und rar. Es ist schwierig in die Zukunft zu planen um genug Reserven (gerade in Dürreperioden) anzulegen wenn das Land durch neue Umweltmaßnahmen knapper wird. Umweltschutz steht an erster Stelle, aber zu welchem Preis? Da müssten gerade die Junglandwirte besser von unserer Politik in Schutz genommen werden“

Workshops:

Einige Teilnehmende begründeten die im Vergleich zu den **Bio-Betrieben** geringere Zustimmung unter konventionellen Landwirt:innen zur Aussage „Wir können in der Landwirtschaft nicht so weitermachen wie bisher“ damit, dass sich teilnehmende Landwirt:innen gegen die Darstellung der Landwirtschaft als Verschmutzer wehren bzw. der Meinung sind, in der Landwirtschaft werde bereits einiges unternommen.

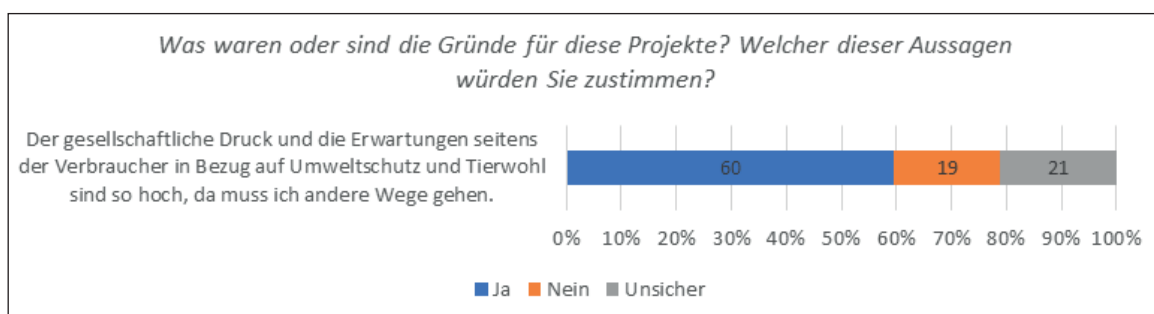
3.2.4 Ernährung der Bevölkerung, Vermarktung und Verbraucher:innen

Eine große Mehrheit der Teilnehmenden möchte mit ihrem Betrieb einen Beitrag dazu leisten, dass Luxemburg unabhängiger von Lebensmittelimporten wird (70 %) und möchten auch selber mit ihren Produkten unabhängiger von den (zu) niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt werden. So geben auch über 43 % an, ihren Betrieb mehr in Richtung Direktvermarktung aufstellen zu wollen, während etwa ebenso viele allerdings (auch) einen Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung leisten wollen (45 %).



60 % der Teilnehmenden geben gesellschaftlichen Druck und Erwartungen seitens der Verbraucher:innen in Bezug auf Umwelt und Tierwohl als Grund für betriebliche Projekte an.

Dies erscheint auch vor dem Hintergrund des Wunsches nach mehr Unabhängigkeit vom Weltmarkt und nach höheren Produktpreisen schlüssig: Wenn der heimische Absatz eine wichtigere Rolle spielt, kommt Erwartungen von Verbraucher:innen eine größere Bedeutung zu - insbesondere dann, wenn es um Entscheidungen über die zukünftige Ausrichtung und Aufstellung des eigenen Betriebs geht.



Kommentare:

„Der Betrieb wurde bisher konventionell geführt, durch die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft ist es möglich den Betrieb hauptberuflich zu führen“.

„Mehr Unterstützung für Tierwohl. Wir und der Konsument wünschen sich ja glückliche Tiere, am besten das ganze Jahr auf der Weide. Dann sollten auch genau diese Betriebe mehr gefördert werden. Luxemburg ist ein Grünlandstandort mit einem riesen Potenzial um sich unabhängig von anderen Ländern zu machen. Es kann nicht sein, dass unsere „Weidemilch“ nach Holland verkauft wird und hier keinen Abnehmer hat“

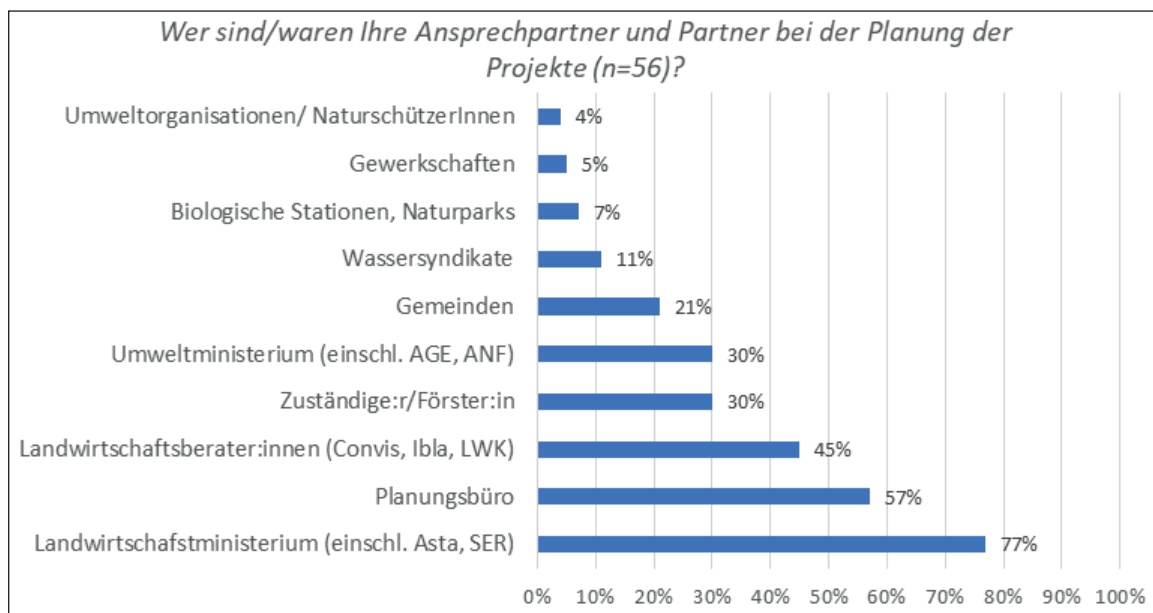
3.3 Planung, Beratung und Genehmigung

3.3.1 Ansprechpartner

Frage: Wer sind/waren Ihre Ansprechpartner und Partner bei der Planung der Projekte?

Die am häufigsten genannten Ansprechpartner und Partner bei der Planung von Projekten sind: das Landwirtschaftsministerium (einschl. ASTA, SER) (77 %), Planungsbüros (57 %) und Landwirtschaftsberater:innen (CONVIS, IBLA, LWK) (45 %). Wesentlich weniger häufig wurde das Umweltministerium mit seinen Verwaltungen und Förster:innen als Ansprechpartner:innen erwähnt (knapp 30 %).

Dieser Unterschied lässt sich zum einen damit erklären, dass die Landwirt:innen im Rahmen ihrer Investitions- und Rentabilitätsanalysen ohnehin mit dem SER in Kontakt stehen. Hinzu kommt die „integrierte Beratung“ durch die Landwirtschaftskammer (LWK), welche u.a. bei Betriebsübernahmen und Investitionen von über 150.000 EUR obligatorisch ist sowie wenn ein Betrieb über viele Flächen in Schutzgebieten verfügt.



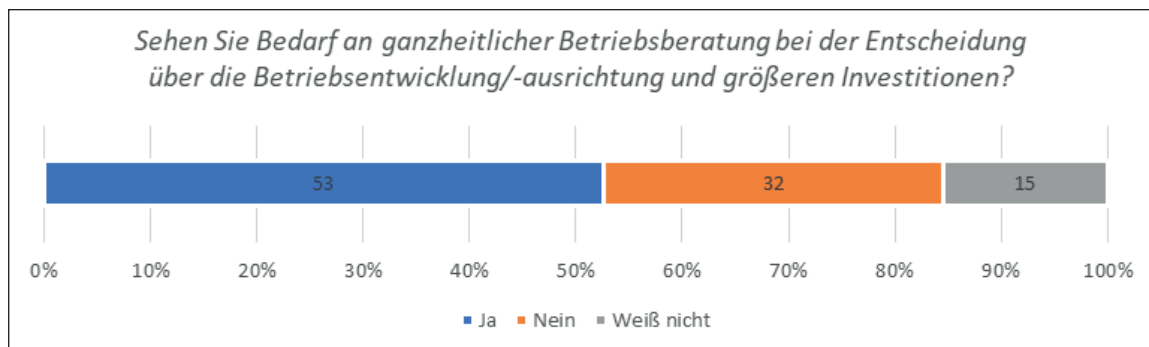
Workshops:

Nach Einschätzung der Teilnehmenden verlassen sich die Betriebe im Hinblick auf Wasser- und Naturschutzaspekte stark auf ihr jeweiliges Planungsbüro.

3.3.2 Beratung

Frage: Sehen Sie Bedarf an ganzheitlicher Betriebsberatung bei der Entscheidung über die Betriebsentwicklung/-ausrichtung und größere Investitionen?

Mehr als die Hälfte (53 %) der Befragten sehen einen Bedarf an zusätzlicher ganzheitlicher Betriebsberatung bei der Entscheidung über die Betriebsentwicklung/-ausrichtung und bei größeren Investitionen. Gleichzeitig weisen einige Kommentare auch auf eine gewisse Skepsis in Bezug auf (zusätzliche) Beratung hin (siehe Kommentare).



Kommentare:

„Ganzheitliche Beratung, ökologisch bis ökonomisch, arbeitstechnisch....Wäre sinnvoll“

„Nur bei kompetenter Betriebsberatung“

„Aber von kompetenten Leuten, die Wissen von was sie reden.“

„Beratung ist wichtig. Wir brauchen Beratung von Betrieben wie Convis und andere Spezialisten auf ihren Gebieten. Ich bin offen für alles, lehne jedoch ideologische Beratung ab, wo wir in Produktionen einsteigen sollen, wo quasi nichts produziert wird (Beispiel Highlander-Rinder) und der Landwirt nur die Prämien sieht.“

„Planungssicherheit über Jahre ist besser als Beratung, da die Rahmenbedingungen zurzeit schneller ändern als die Beratung sich anpassen kann.“

„Noch mehr Köche, die im Brei rühren.“

„Es gibt bei keiner der existierenden Stellen das was man „Beratung“ nennen kann, sondern überall nur Ideologie. Wir brauchen nicht noch so ein Theorie-Müll, der in der Praxis eh nichts taugt.“

„Ja, bisher war ich von der Qualität solcher Beratungen nicht sehr überzeugt (z.B obligatorischer Betriebsentwicklungsplan von SER).“

„Nur wenn vom Landwirt erwünscht!“

„Jeder soll für sich entscheiden können, wieviel und von wem er Beratung braucht.“

„Zukunft der Milchproduktion. Lohnt sich überhaupt die Investition in einen neuen Milchviehstall im Rahmen der neuen GAP?“

„Was meinen Sie mit größeren Investitionen in der Landwirtschaft, wenn in Zukunft keine Banken Kredite übergeben...?“

Workshops:

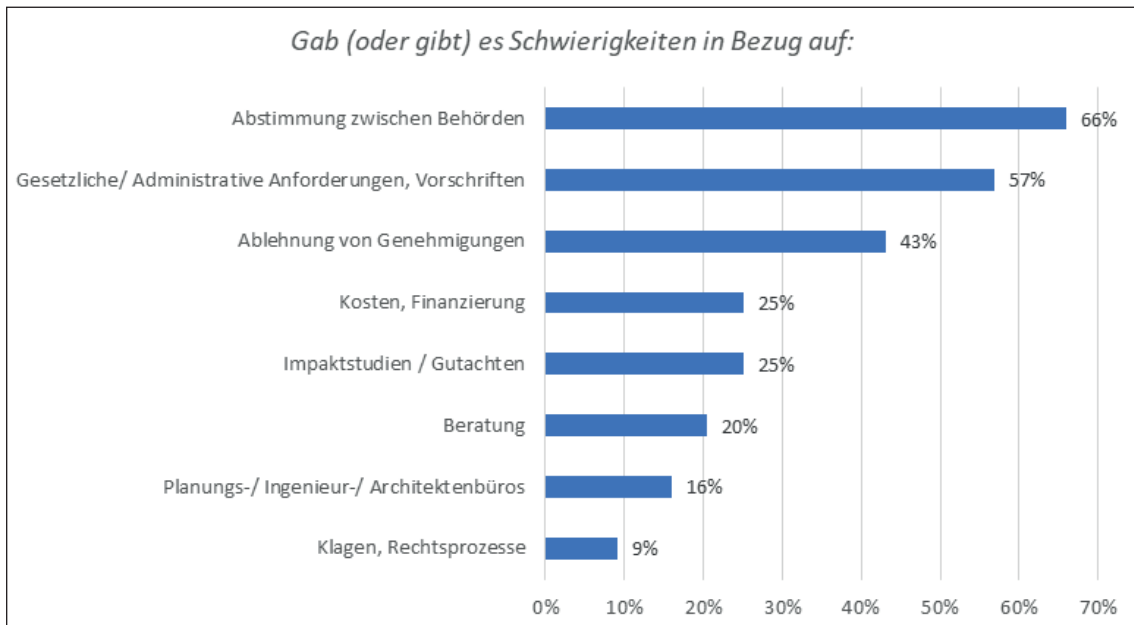
Thematisiert wurde vor allem, dass eine ganzheitliche Beratung, die frühzeitig in der Planung ansetzt und auch ökologische, politisch-gesetzliche und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigt, bislang nicht ausreichend vorhanden ist. Dies auch trotz der „integrierten Beratung“ seitens der Landwirtschaftskammer (u.a. bei Betriebsübernahmen und Investitionen von über 150.000 EUR, wenn ein Betrieb über viele Flächen in Schutzgebieten verfügt).

Viele Landwirt:innen, die z.B. einen neuen Stall bauen möchten, entwickeln zuerst ihre Pläne und danach wird im Rahmen der Investitionsberatung durch den SER beim Landwirtschaftsministerium lediglich ausgerechnet, welche Subsidien es hierfür gibt und wie die Investition finanziell überhaupt stemmbar wird (Investitions- und Rentabilitätsanalyse). Eine „echte“ Beratung, so eine Aussage während des Workshops, müsste bei Betriebsentwicklungen frühzeitig ansetzen und auch die Ziele, die sich ein Betrieb setzt, kritisch hinterfragen („macht ein Projekt überhaupt Sinn?“).

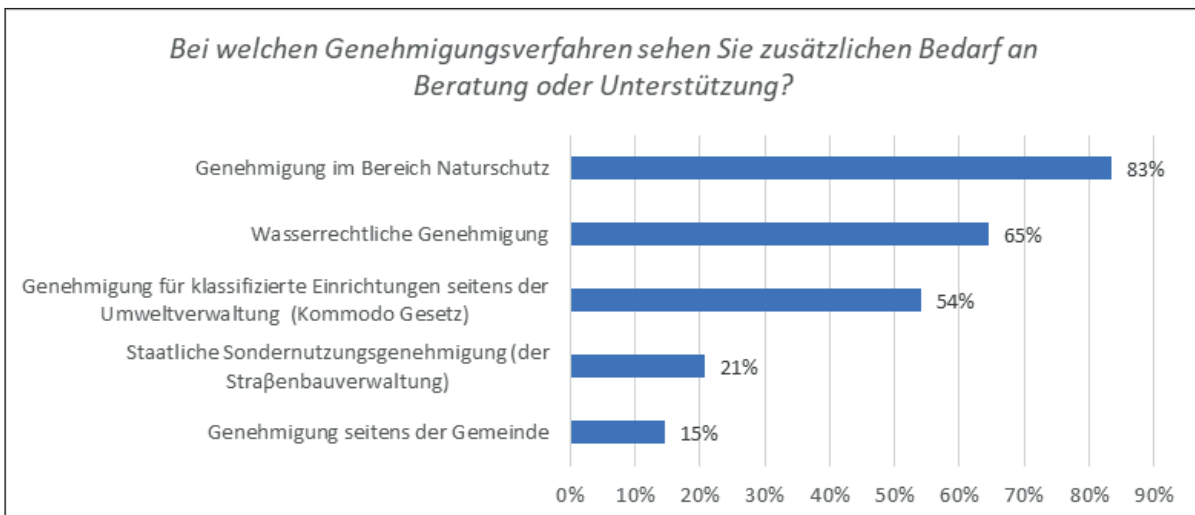
3.3.3 Schwierigkeiten

Frage: Gab (oder gibt) es Schwierigkeiten [in Bezug auf die Planung der Projekte]?

Die am häufigsten genannten Schwierigkeiten sind: die Abstimmung zwischen Behörden (66 %) und gesetzliche und administrative Anforderungen und Vorschriften (57 %), gefolgt von der Ablehnung von Genehmigungen (43 %). Sie überwiegen bei weitem über Finanzierungsschwierigkeiten, Beratung, Planungsbüros und Klagen.



Bei Genehmigungen, die durch ANF, AGE bzw. AEV erteilt werden, sehen besonders viele Teilnehmende einen Bedarf an zusätzlicher Beratung bzw. Unterstützung: 83 % sehen diesen Bedarf im Bereich Naturschutz, 65 % bei wasserrechtlichen Genehmigungen und 54 % beim Kommodo-Gesetz.



Kommentare:

„Es gab keine Probleme“

„Bis jetzt keine“

„weil wir den zuständigen Behörden sofort entgegengekommen sind“

„keine Schwierigkeiten“

„Seitens der Behörden ist es ein Spießrutenlauf. Keiner will Entscheidungen treffen, aber jeder will mitreden.“

„Jahrelanges Hin und Her mit der Umweltverwaltung wegen Unwissenheit des Personals.“

„Ewige Genehmigungsverschleppung seitens Administration environnement“

„Administrative Probleme und Zusammenarbeit von den verschiedenen Behörden aus mankum an Kommunikation innerhalb der Behörden. Falsche Planungen.“

„Katastrophale Beratung beim SER...sie haben keine Ahnung und geben einem falsche Informationen“

„Es dauert alles viel zu lange, besonders in unserem Fall, weil wir durch eine Klage vom Nachbarn eine Geruchsstudie und eine Lärmstudie durchführen mussten und mit hohen Kosten verbunden waren. In den letzten 10 Jahren mussten wir sogar vor Gericht ziehen um bauen zu dürfen (4 Jahre hat das ganze gedauert) und durften bauen mit zusätzlichen Kosten und Auflagen....!!!!“

„Es wird immer schwieriger als Landwirt eine Genehmigung zu bekommen. Man kann es auch Beamtenwillkür nennen“

„Leider treffen Leute Entscheidungen die aber keine Ahnung von dem haben, was sie genehmigen müssen“

„Zu lange Genehmigungsprozedur, dadurch höhere Baukosten“

Workshops:

Es wurde ein Zusammenhang zwischen Ansprechpartner:innen und Beratung bei der Planung sowie Genehmigungen hergestellt: Wenn Landwirt:innen das Umweltministerium, ANF und AGE nicht frühzeitig in die Planung ihrer Projekte einbinden, sei es nicht überraschend, dass es vor allem in Bezug auf Wasser- und Naturschutzgenehmigungen Schwierigkeiten gebe und der Beratungsbedarf hier größer sei als bei anderen Genehmigungen. Landwirt:innen verlassen sich häufig darauf, dass ihr Planungsbüro „genehmigungskonform“ plant, das sei aber nicht ausreichend.

Außerdem wurde die Frage der Abstimmung zwischen den Verwaltungen thematisiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass es bereits eine Art Koordinationskomitee zwischen ihnen gäbe. Dieses erleichtere momentan die Verfahren allerdings kaum. Das Komitee arbeite rein administrativ im Hintergrund, ohne dass es z.B. bereits im Vorfeld eines Genehmigungsantrags und im Zuge einer Projektplanung direkte Gespräche mit dem Betrieb gebe.

Anregungen von Teilnehmenden

Einige Landwirt:innen nutzten die Umfrage und Workshops, um dem Oekozerter Pafendall und der *Lëtzebuenger Landjugend a Jongbaueren* (LLJ) einige Anregungen mitzugeben. Diese werden im Folgenden wiedergegeben. Die Anregungen sind auch in die Empfehlungen, welche die Organisationen auf Grundlage der Umfrage an die Politik gerichtet haben, eingeflossen (siehe separates Dokument mit Empfehlungen auf oekozerter.lu).

Kommentare:

„2. Den Entscheidungsträgern sein Vorprojekt vorstellen dürfen, damit man all seine Überlegungen erklären kann, die Verwaltung ihrerseits auch genau ihre Bedenken erklären kann um daraus einen Kompromiss zu suchen. Nicht, dass am Ende etwas gebaut wird, was beiden eigentlich nicht gefällt, aber keiner wusste genau, was der andere eigentlich auszusetzen hatte.“

„1 zentrale Anlaufstelle/Beratungstelle für ALLE relevanten Genehmigungen/Bestimmungen, die benötigt werden, bei Bauvorhaben in der Landwirtschaft.“

„Eine Anlaufstelle für Landwirtschaftliche Gebäude mit Fachpersonal die nicht nur theoretisches Wissen von der Landwirtschaft haben sondern auch mindestens 1 Jahr Praktische Erfahrung haben.“

„Betriebe sollten ein Gespräch führen können mit jemandem der sich in Sachen Genehmigungen von hier und da auskennt: Kommodo, Führerschein Clark, Überbreite und noch 100 Andere.“

„Eine Anlaufstelle, welche sich mit dem Projekt auseinandersetzt und die Wegbereitung gewährleistet.“

„Bei einer Investition in eine Biogasanlage fehlt es an einem Guichet unique, welches sich um das komplette Dossier Biogas aus Gulle kümmert“

„Hätten wir es mit 1 Ansprechpartner zu tun wären einige zusätzliche Arbeiten erledigt. ASTA und SER sollten unbedingt zusammenarbeiten. Vor dem Projekt sollten Gespräche geführt werden und auch während dem Bau.“

Workshops:

Es wurde angeregt, dass ein Betrieb, der ein genehmigungspflichtiges Projekt plant, den Genehmigungsstellen sein Vor-Projekt bei einem gemeinsamen Termin, der direkt auf dem Hof stattfindet, vorstellen sollte. Der Vorteil wäre, dass hierdurch verschiedene Optionen bereits in der Planungsphase direkt im Gespräch mit den beteiligten Behörden ausgelotet werden und sie sich untereinander vor Ort austauschen könnten. Der direkte Austausch von Argumenten und die gemeinsame Besichtigung machten es aufgrund des größeren Praxisbezuges wahrscheinlicher, dass am Ende ein „sinnvolles Projekt“ statt eines „faulen Kompromisses“ geplant und genehmigt werde.

Einige Landwirt:innen würden dies auf eigene Initiative hin bereits tun, um spätere Schwierigkeiten zu vermeiden. Ihr Planungsbüro beginnt erst nach dem Termin (und weiteren möglichen Gesprächen) mit der eigentlichen Planung.

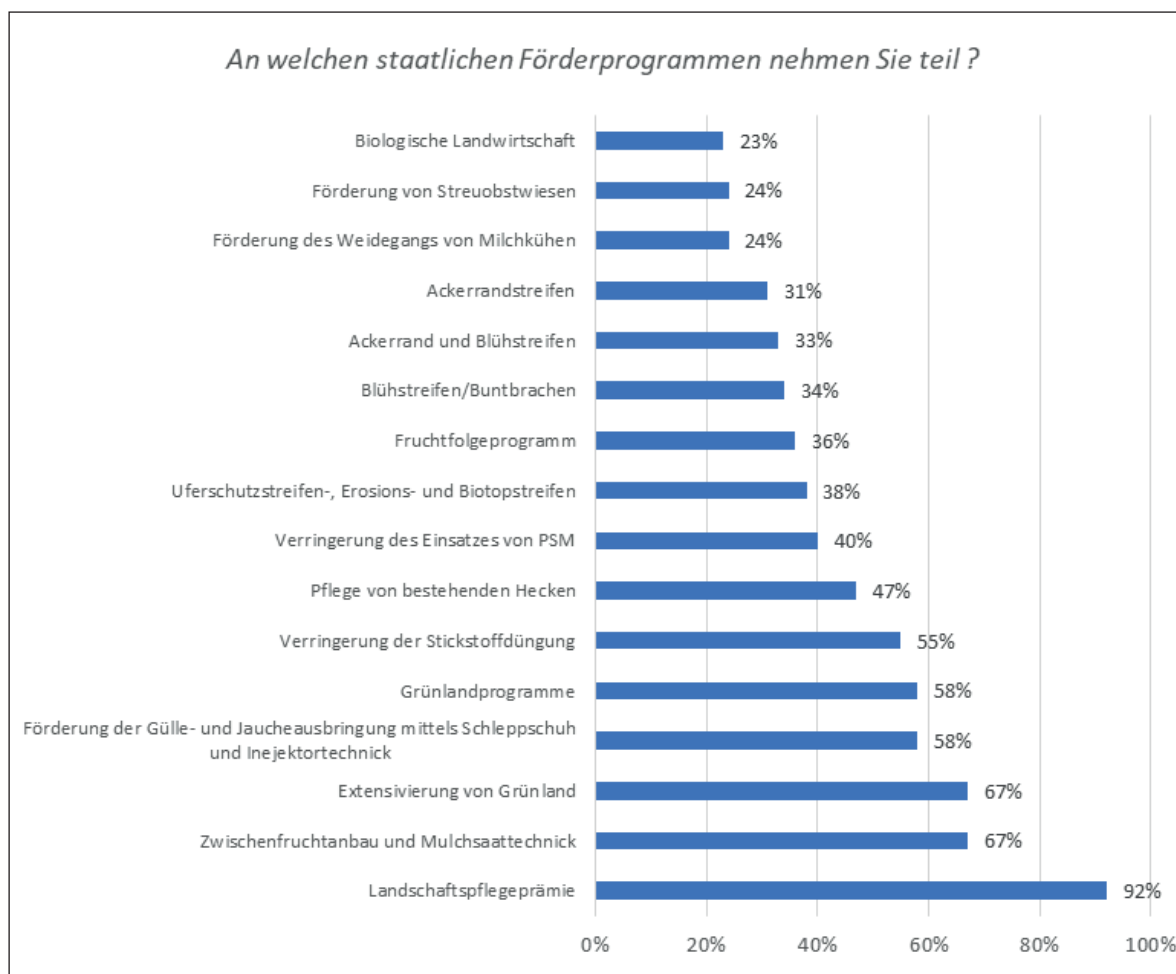
4. Klima-, Umwelt- & Naturschutz: Förderprogramme und Maßnahmen

Ziel der Umfrage war zu untersuchen, wie *attraktiv* die staatlichen Förderprogramme für Landwirt:innen sind, welche *Vorteile* und *Schwierigkeiten* sie mit ihnen verbinden, und wie *wirksam* die geförderten Maßnahmen aus ihrer Sicht im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes sind. Im Vordergrund standen die Agrar-Umwelt-Klimamaßnahmen (AUK) und die Biodiversitätsprogramme (Förderperiode 2014-2022).

Als so genannte 2. Säule der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fördern die **Agrar-Umwelt-Klima Maßnahmen (AUK)**, zu denen auch die Landschaftspflegeprämie gehört, den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft, den Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen Wasser, Boden, Luft, sowie den Erhalt und die Verbesserung der Biodiversität.

Zusätzlich gibt es die **Biodiversitätsprogramme**, die ein Instrument zur Umsetzung der Naturschutzziele in geschützten Gebieten (Natura 2000, Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete und internationale geschützte Feuchtgebiete) sind. Hinzu kommen Flächen mit hohem Wert für den Artenschutz, die sich außerhalb der Schutzgebiete befinden. Hierzu zählen Flächen mit Biotopen (die im Offenland-Biotopkataster erfasst sind), auf denen bedrohte Tier- und Pflanzenarten vorkommen und solche, die eine besondere Bedeutung für die Umsetzung von Arten- und Habitatschutzplänen haben (auf Basis des nationalen Naturschutzplans).

Die Umfrage gibt zunächst einen Überblick über die Programme, die die teilnehmenden Landwirt:innen am häufigsten in Anspruch nehmen. Mit 77 Landwirt:innen (über 90 %) ist die Landschaftspflegeprämie das am häufigste genutzte Programm. Zusätzlich geben 46 % der Teilnehmenden an, Klima-, Umwelt-, Naturschutzmaßnahmen durchzuführen, für welche sie *keine* staatliche Förderung erhalten.



In der Umfrage wurden die Teilnehmenden zu verschiedenen Aspekten in Bezug auf ihre Teilnahme an staatlichen Förderprogrammen zu Klima-, Umwelt- und Naturschutz befragt.

- Beweggründe
- Vorteile
- Schwierigkeiten und Hürden

Hierzu wurden den Landwirt:innen verschiedenen Aussagen vorgestellt, zu denen sie ihre Zustimmung bzw. Nicht-Zustimmung angeben konnten. Außerdem konnten sie freie Textfelder für Erläuterungen nutzen. Die Antworten werden im Folgenden zunächst im Überblick dargestellt.

Danach werden sie in Bezug auf die folgenden Themenbereiche detaillierter ausgewertet:

- Umweltfaktoren und Tierwohl
- Gesetzliche Faktoren
- Image und soziale Faktoren
- Staatliche Förderung
- Produktion und Vermarktung

Wo relevant, wird auf Unterschiede zwischen konventionellen und biologischen Landwirt:innen eingegangen. Den Informations- und Beratungsangeboten wird ein separates Kapitel gewidmet (4.3).

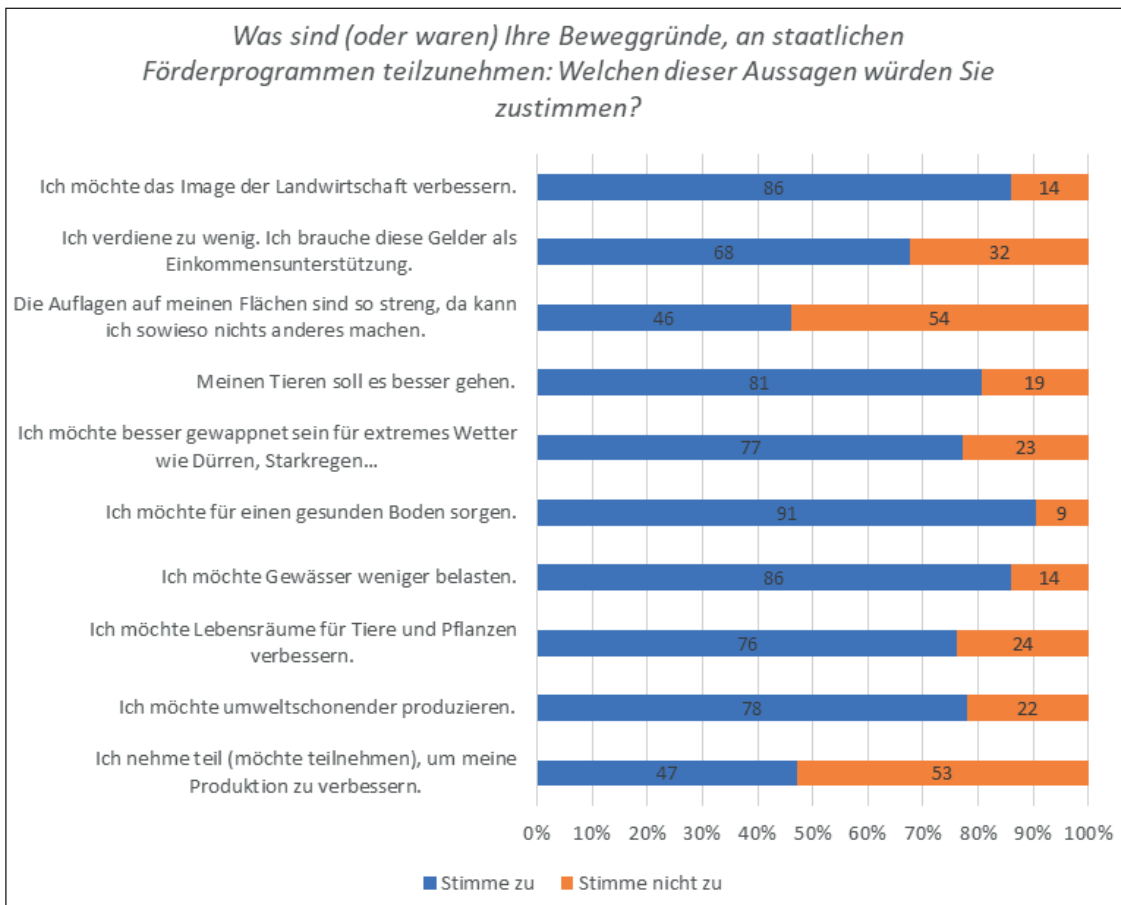
4.1 Überblick

4.1.1 Gründe für die Teilnahme

Die Teilnehmenden wurden zu zehn verschiedenen möglichen Gründen für ihre Teilnahme an den staatlichen Förderprogrammen gefragt.

Umweltfaktoren und Tierwohl: Eine große Mehrheit der Teilnehmenden gibt an dazu beitragen zu wollen, den Zustand vom Boden (91 %), von Gewässern (86 %), der Umwelt allgemein (78 %) und Lebensräumen bestimmter Arten (76 %) sowie das Tierwohl (81 %) zu verbessern. 77 % geben an, besser gewappnet sein zu wollen für extreme Wetterereignisse wie Dürren und Starkregen.

Außerdem spielen **soziale, finanzielle und gesetzliche Faktoren** eine Rolle: So nennen 86 % den Wunsch nach Imageverbesserung der Landwirtschaft in der Gesellschaft. Außerdem geben 68 % an, die Fördergelder als Einkommensunterstützung zu benötigen. 46 % geben an, aufgrund strenger Vorschriften auf den Flächen (wie z.B. in Trinkwasserschutzzonen) an den Programmen teilzunehmen. Ebenso viele möchten die eigene Produktion verbessern.

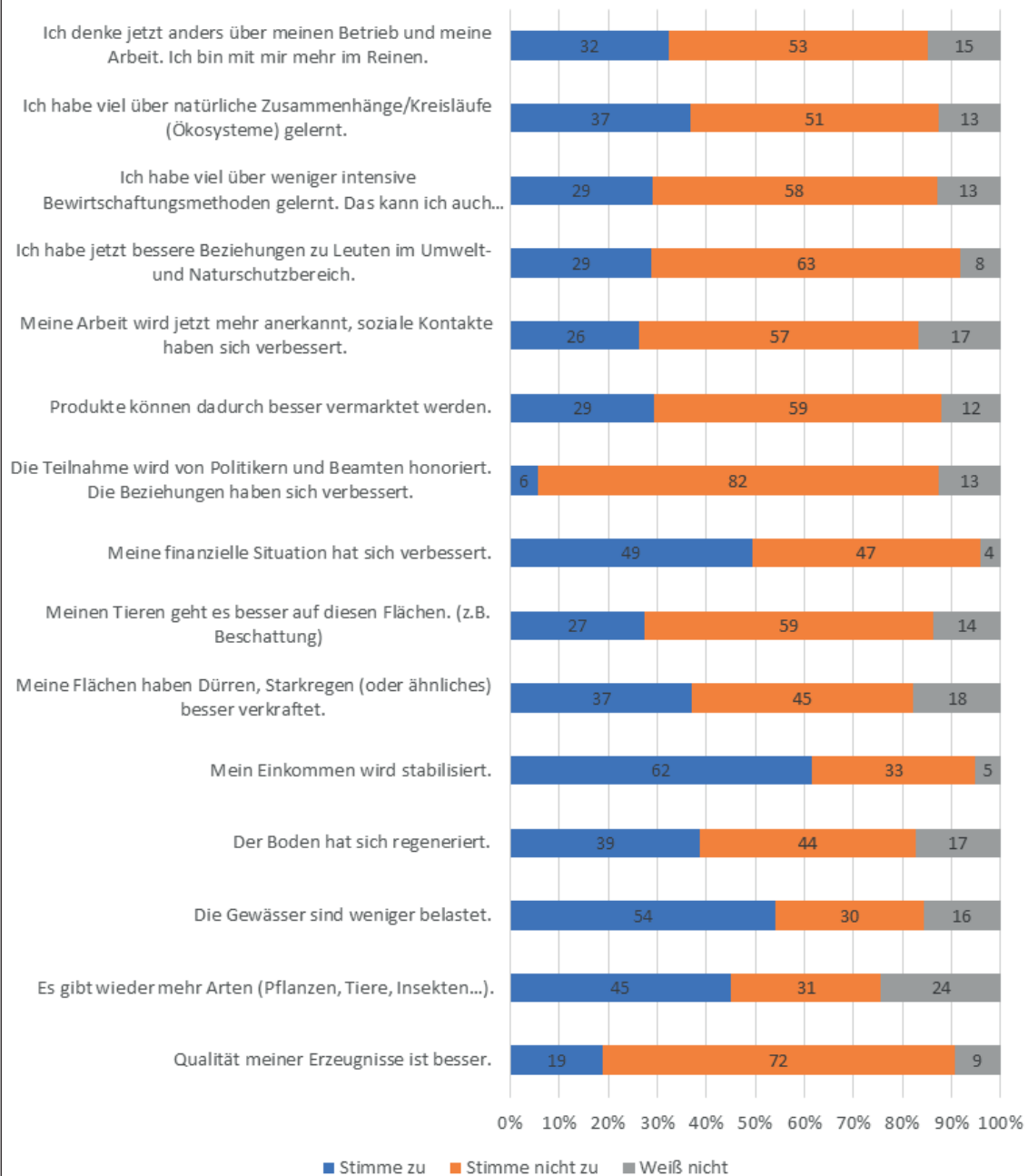


4.1.2 Vorteile und Impact

Gefragt nach den Vorteilen, die sie durch die Teilnahme an Förderprogrammen haben, spielen finanzielle Faktoren eine prominente Rolle: die Stabilisierung des Einkommens (62 %) und die Verbesserung der finanziellen Situation (49 %). Positive ökologische Auswirkungen werden überwiegend bei den Gewässern gesehen (54 %), gefolgt von der Artenvielfalt (45 %) und dem Boden (39 %).

Was die sozialen Beziehungen angeht, so stellen lediglich 26 % der Teilnehmenden fest, dass sich ihre sozialen Kontakte generell und zu Leuten im Bereich Umwelt- und Naturschutz verbessert haben (29 %). Lediglich 6 % (unter ihnen ein einziger **Bio-Betrieb**) sind der Ansicht, dass ihre Teilnahme an den Förderprogrammen seitens von Politik und Verwaltung honoriert wird.

Welche Vorteile sehen Sie durch die Teilnahme an den staatlichen Förderprogrammen? Welchen dieser Aussagen würden Sie zustimmen:



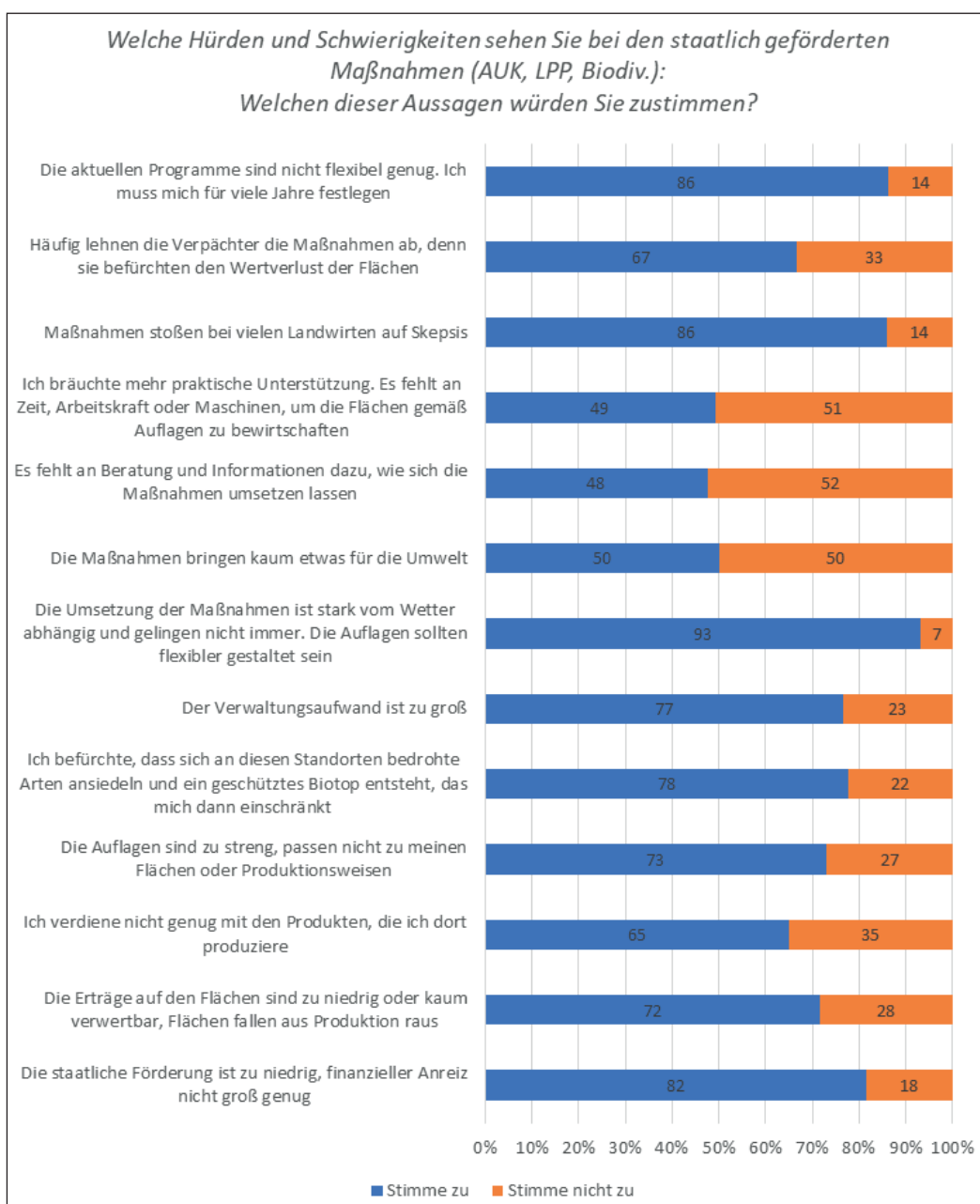
4.1.3 Hürden und Schwierigkeiten

Die am häufigsten erwähnten Schwierigkeiten betreffen: fehlende Flexibilität bei den Auflagen in Bezug auf Wetterverhältnisse (93 %) und die Tatsache, dass Landwirt:innen sich für fünf Jahre festlegen mussten (86 %)⁵, generelle Skepsis unter Landwirt:innen gegenüber den Maßnahmen (86 %), zu niedrige finanzielle Förderung (82 %) und zu großer Verwaltungsaufwand (77 %).

In Bezug auf **Umwelt- und Naturschutz** ist die Hälfte der Teilnehmenden der Meinung, „die Maßnahmen bringen kaum etwas für die Umwelt“. Gleichzeitig befürchten 78 %, dass sich bedrohte Arten ansiedeln und ein geschütztes Biotop ausgewiesen wird.

Weitere Schwierigkeiten: Ertrags- und Qualitätsverluste bei der Ernte (72 %), dass Verpächter:innen die Maßnahmen ablehnen (67 %) sowie zu geringe Verdienstmöglichkeiten mit den Produkten (67 %).

Knapp der Hälfte fehlt es an praktischer Unterstützung (Zeit, Arbeitskraft, Maschinen) und/oder Beratung und Informationen zur Umsetzung der Maßnahmen.



⁵ Im neuen Förderzeitraum 2023-2027 ist dies nicht mehr der Fall.

4.2 Thematische Auswertung

4.2.1 Umweltfaktoren und Tierwohl

Das Ziel, den Zustand von Böden, Lebensräumen und Gewässern zu verbessern, gehört zu den am häufigsten genannten Beweggründen für die Teilnahme an staatlichen Förderprogrammen für Klima-, Umwelt- und Naturschutz:

- 91% möchten für einen gesunden Boden sorgen
- 86 % möchten Gewässer weniger belasten
- 78 % möchten generell umweltschonender produzieren
- 76 % möchten Lebensräume für Tiere und Pflanzen verbessern

Außerdem spielt die Anpassung an den Klimawandel eine große Rolle: Rund 77 % geben an, besser gewappnet sein zu wollen für extremes Wetter wie Dürren und Starkregen.

Auch das Tierwohl rangiert hoch bei der Motivation: Etwa 81 % stimmen der Aussage zu, „Meinen Tieren soll es besser gehen“.

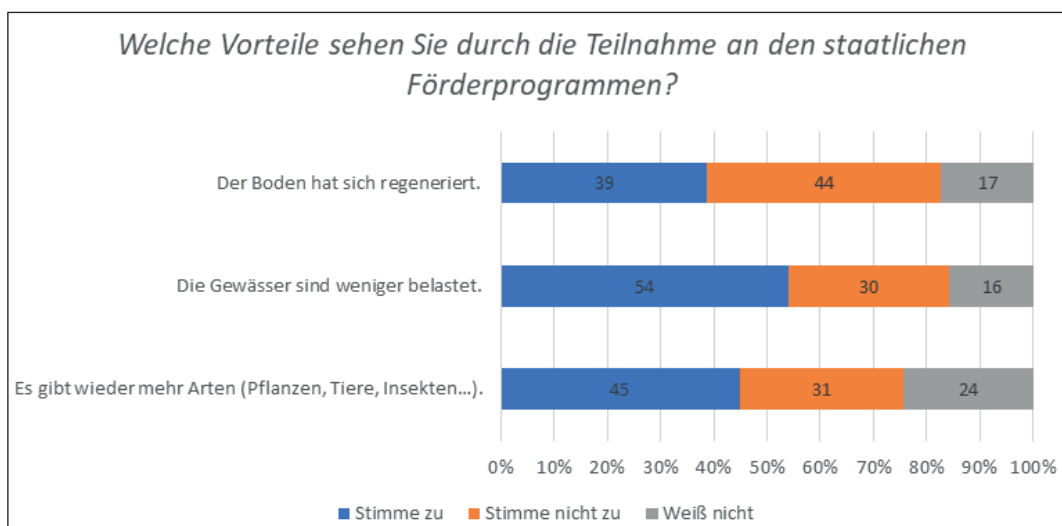
Kommentare:

„Wir ernten was wir sähen/der Boden ist unser Kapital“
„Jeder sollte seinen Teil dazu beitragen, auch wir Landwirte“
„Wir haben nur eine Erde“
„Moralische Werte“
„Idealismus“
„Erhalt der Natur, nur mit Natur kann man ordentlich arbeiten“
„Die oben genannten Punkte sind nur die Beweggründe, um an den Förderprogrammen teilzunehmen. Das heißt nicht, dass ich z.B. nicht umweltschonender produzieren will. Das war eben kein Beweggrund dafür“

Vorteile und Impact: Gleichzeitig sind im Vergleich weniger Teilnehmende der Meinung, dass die geförderten Maßnahmen tatsächlich die erhofften ökologische Verbesserungen auf den entsprechenden Flächen bewirkt haben:

- Knapp 54 % finden, „Die Gewässer sind weniger belastet“
- Rund 45 % finden, „Es gibt wieder mehr Arten (Pflanzen und Tiere)“
- Knapp 39 % finden, „Der Boden hat sich regeneriert“

Bei den **Bio-Landwirt:innen** liegt die Zustimmung etwas höher: 63 % von ihnen sind der Meinung, dass Gewässer aufgrund der Maßnahmen weniger belastet und die Artenvielfalt größer geworden ist.



Darüber hinaus stellt weniger als ein Drittel der Teilnehmenden fest, dass es ihren **Tieren** auf den Flächen, auf denen staatlich geförderte Maßnahmen durchgeführt werden, besser geht (z.B. durch Beschattung).

Etwas höher rangiert die Feststellung, dass die Betriebsflächen **Wetterextreme** wie Dürren und Starkregen aufgrund durchgeführter Maßnahmen besser verkräftet haben (37 %).

Bei der Frage, ob die Maßnahmen sich generell positiv auf die Umwelt auswirken, gingen die Antworten auseinander:

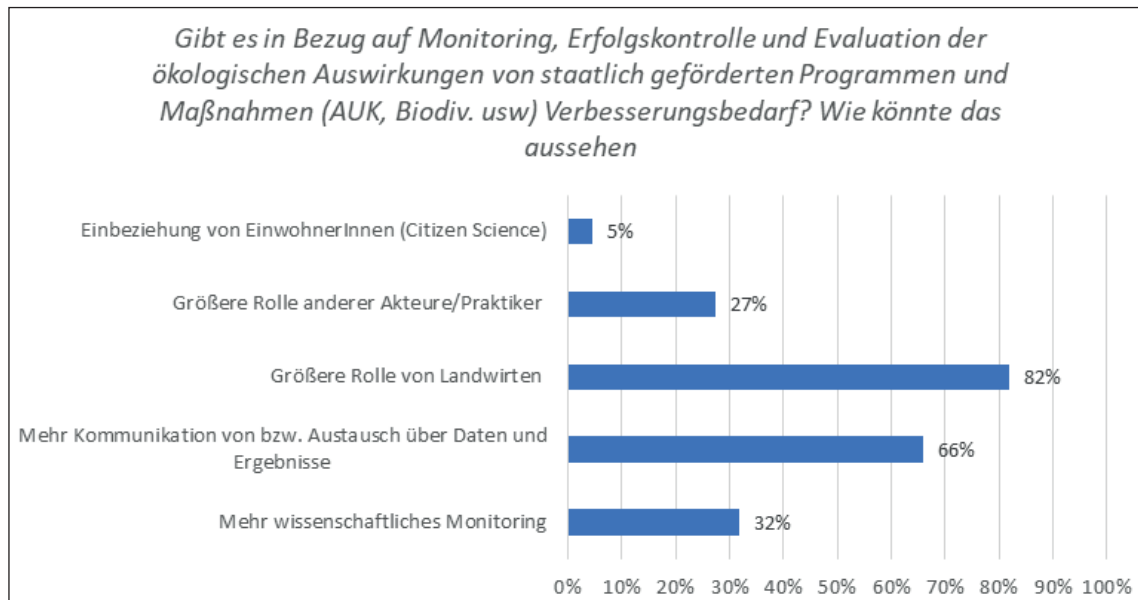
- die Hälfte derjenigen, die sich zur Frage äußerten, stimmte der Aussage zu, „die Maßnahmen bringen kaum etwas für die Umwelt“,
- die andere Hälfte (und 64 % der **Bio-Landwirt:innen**) sieht dahingegen positive Auswirkungen.

Die Frage, sowohl in Bezug auf die Maßnahmen als auch in Bezug auf die ökologischen Vorteile, war bewusst pauschal formuliert war, um die generelle Sichtweise zu erfassen. Deshalb sollte man sie in der Detailauswertung nicht überbewerten. Hierauf machte ein Kommentar aufmerksam: „Das hängt sehr von den zu bewertenden Maßnahmen ab. Diese Bewertung ist zu pauschal“.

Monitoring und Lerneffekte

Frage: Gibt es in Bezug auf Monitoring, Erfolgskontrolle und Evaluation der ökologischen Auswirkungen von staatlich geförderten Programmen und Maßnahmen (AUK, Biodiv., usw) Verbesserungsbedarf?

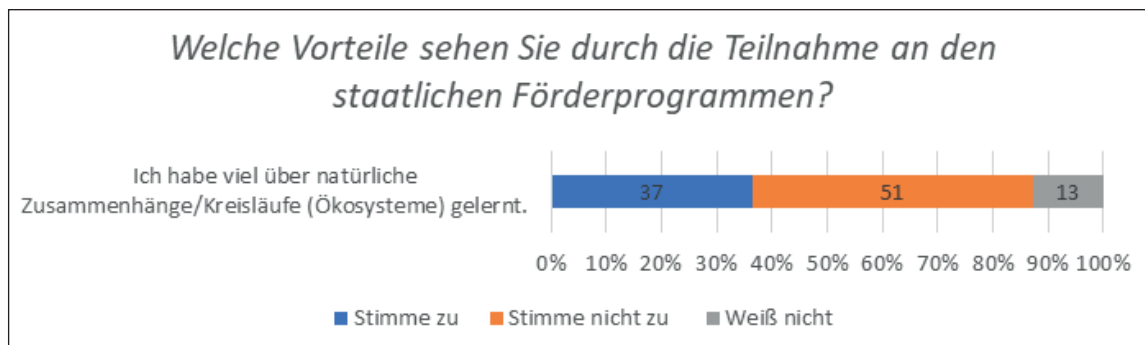
Diese Frage zielte darauf ab herauszufinden, ob aus landwirtschaftlicher Sicht etwas im Hinblick darauf verbessert werden könnte, wie festgestellt wird, inwiefern staatlich geförderte Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen die gewünschten Verbesserungen in Bezug auf u.a. die Artenvielfalt haben. Rund ein Drittel der Teilnehmenden wünscht sich eine größere Rolle von Landwirt:innen beim Monitoring und etwas weniger als ein Drittel auch mehr Kommunikation von bzw. Austausch über Monitoring-Daten und -Ergebnisse.



Die Teilnehmenden wurden außerdem gefragt, mithilfe welcher Methoden sie selbst die ökologischen Auswirkungen durchgeführter Maßnahmen beurteilen. Die Ergebnisse:

- eigene Beobachtungen (64 %)
- Zusammenarbeit mit Fachleuten (z.B. Beratern, Forschern, Beamten) (45 %)
- eigene Proben und Analysen (z.B. Spatenprobe zur Bodenanalyse) (34 %)

Gleichzeitig stimmt weniger als die Hälfte der Aussage zu, dass sie dank der Teilnahme an den staatlichen Förderprogrammen „viel über natürliche Zusammenhänge / Kreisläufe (Ökosysteme)“ gelernt hätten.



Kommentare:

„Ein gelernter Landwirt weiß was gut für seine Tiere und Böden ist, dafür brauchen wir keine Politik, die uns Geld gibt damit wir es richtig machen.“

Workshops:

Es wurde darauf hingewiesen, dass viele Auswirkungen auf den Zustand von Ökosystemen und auf Gewässer für Landwirt:innen kaum greifbar / sichtbar sind. Aus den Diskussionen ging ebenfalls hervor, dass viele Landwirt:innen sich schlecht darüber informiert fühlen, welche Arten auf ihren Flächen besonders geschützt sind, ob sich ihre Populationen und Lebensräume verbessert oder verschlechtert haben sowie welche der von ihnen durchgeführten landwirtschaftlichen Maßnahmen sich möglicherweise positiv oder negativ ausgewirkt haben. Ohne diese Information könnten Landwirt:innen jedoch nicht wissen, welche Ziele überhaupt verfolgt würden, ob die von ihnen durchgeführten Maßnahmen „gut“ oder „schlecht“ seien und ob sie ggf. etwas anders machen sollten.

Es wurde angeregt, dass Landwirt:innen über die besonders schützenswerten Arten und ggf. „Key Performance Indicators“ für die Verbesserung bzw. Verschlechterung der Lebensräume besser informiert werden. Außerdem sollten sie Bescheid bekommen, wenn auf ihren Flächen etwas „Interessantes“ festgestellt wurde. Eine größere Beteiligung wünschen sich einige auch, weil sie teilweise an der Objektivität des Monitorings zweifeln.

Auch möchten Landwirt:innen informiert sein (bzw. vorher gefragt werden), wenn sich jemand auf ihren Flächen befindet, um ein Monitoring durchzuführen.

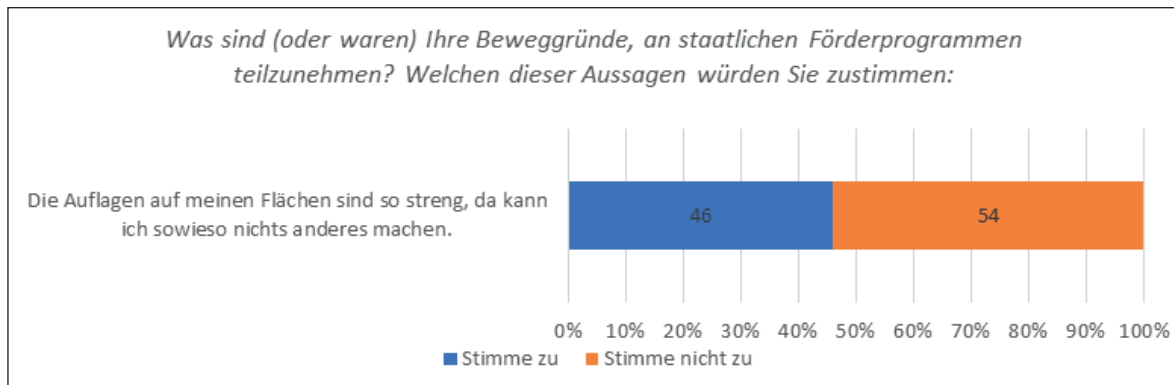
Bei dem Wunsch nach einer größeren Beteiligung spielte ebenfalls mit, dass Landwirt:innen Bescheid bekommen möchten, wenn festgestellt wird, dass sich z.B. eine bedrohte Art bei ihnen angesiedelt hat, die womöglich dazu führen könnte, dass ein neues Biotop auf ihren Flächen ausgewiesen werden könnte (siehe auch „Biotop-Schutz“ unter 4.2.2).

Darüber hinaus wurde angeregt, dass es sichtbarer sein sollte, wenn Betriebe „erfolgreich“ und besonders stark an Umwelt- und Naturschutzprogrammen teilnehmen, z.B. über Schilder oder Plakate auf den Flächen oder Betrieben (oder sogar „Auszeichnungen“). Allerdings dürfte es kein „Greenwashing“ geben.

In diesem Zusammenhang wäre es ebenfalls wünschenswert, wenn die zuständigen Ministerien bzw. Verwaltungen stärker kommunizieren würden, zu welchen konkreten Verbesserungen (in der Artenvielfalt, der Wasserqualität oder ähnlichem) die Programme bzw. durchgeführten Maßnahmen beigetragen haben. In dieser Frage war es den teilnehmenden Landwirt:innen wichtig, dass ihre Bemühungen und möglichen „Erfolge“ im Sinne einer Verbesserung des Zustands von Lebensräumen sichtbarer werden; auch um insgesamt mehr Wertschätzung zu erhalten.

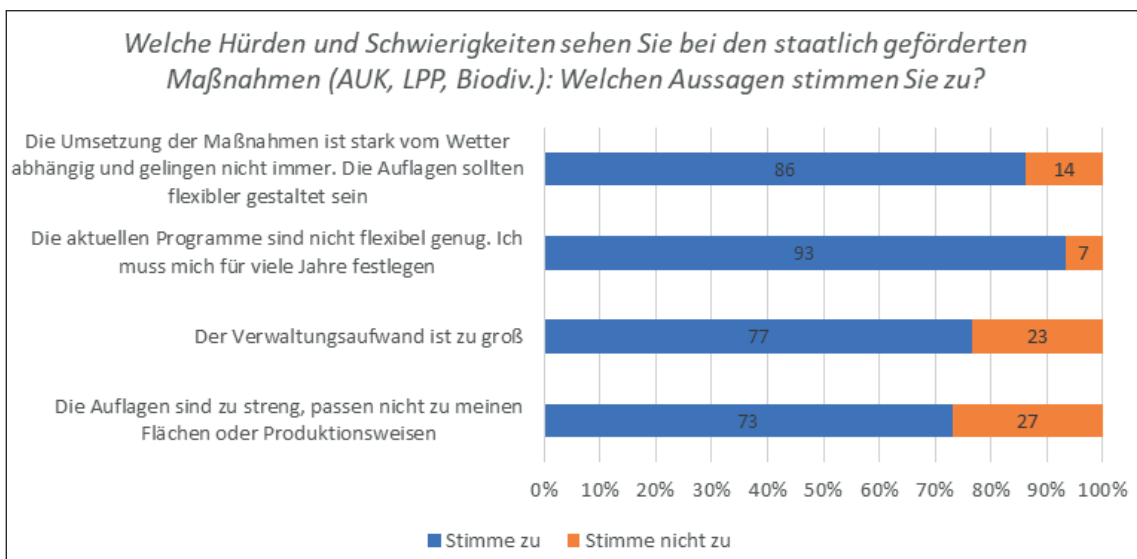
4.2.2 Gesetzliche Faktoren

Gründe: Regulierung spielt als Beweggrund für die Teilnahme an Förderprogrammen eine große Rolle. 46 % der teilnehmenden Landwirt:innen geben an, aufgrund von hohen Auflagen auf ihren Flächen geförderte Umwelt- und Naturschutz-Maßnahmen durchzuführen und die entsprechenden Fördergelder zu benötigen (siehe auch 4.2.4).



Schwierigkeiten: Die meisten der genannten Schwierigkeiten bei den Klima-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen beziehen sich darauf, dass die Auflagen der staatlichen Förderprogramme aus Sicht der Landwirt:innen den Wetterverhältnissen bzw. physischen Gegebenheiten oder der Produktion auf den jeweiligen Flächen nicht ausreichend Rechnung tragen würden und der Verwaltungsaufwand zu groß sei. Die Antworten und Kommentare machen deutlich, dass Landwirt:innen sich mehr Flexibilität in Bezug auf Verwaltung, Wetterverhältnisse, Flächenbedingungen und Produktionsweisen wünschen.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich die Aussagen auf die Programme bis 2022 beziehen. Die neue Förderperiode 2023-2027 bringt diesbezüglich einige Änderungen.



Kommentare und Anregungen:

„Ich denke, dass vor allem das Denken der Landwirte sich noch ändern muss, für viele Betriebe spielt Umwelt und Naturschutz keine große Rolle, da hier keine direkte Einkommenssteigerung erzielt wird.“

„Ich schränke mich für mehrere Jahr in dem, was ich produzieren kann oder muss, ein. Ich kann nicht auf die Nachfrage des Marktes reagieren oder bei anderweitigen Problemen reagieren.“

„5 Jahreszeitraum Mehr Flexibilität notwendig.“

„Gesetzliche Vorlagen für bestimmte Biotop oder so sind viel zu komplex und festgelegt und haben keinen Freiraum für alternativen. Flächenverluste.... Viel zu starke Zeiteinhalteregelungen mit Kombinationen von Wetterereignissen passen öfters nicht überein. Fehlende Technik.“

„Dieses Kulturjahr ist 10 Tage früher, warum wurde der 15. Juni (Programm P3 B und P4 B) im Dauergrünland nicht vorgezogen auf den 10. oder 12.6 wo eine Schönwetterperiode war?“

„LPP [Landespflegeprämie] läuft über 5 Jahre, Wetterbedingungen sind unvorhersehbar.“

„Einmal eine Maßnahme gemacht, schwierig wieder aus dem Programm raus zu kommen.“

„Flexibilität steigern wenn Problemunkräuter aufkommen.“

„Bürokratie extrem gross. Kontrollaufwand vom Staat nicht gerechtfertigt“

„Glyphosat wird verboten, das macht die Teilnahme an einem Mulchsaat-Programm auf Dauer sehr schwierig.“

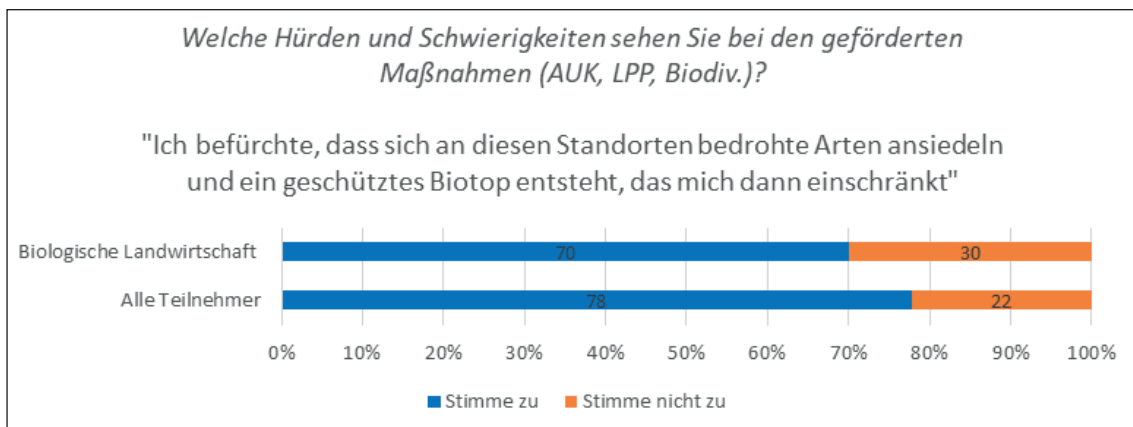
„Die Programme sollten dazu dienen, den Landwirt an Bewirtschaftungsmaßnahmen heranzuführen, an die er sich anders nicht herantraut. Es müsste die Möglichkeit bestehen das AUKM „auszuprobieren“ um herauszufinden, ob dieses auf den Betrieb passt.“

„Gemeinsame ausgearbeitete Förderprogramme der verschiedenen Behörden damit die Programme weniger widersprüchlicher werden. Damit man eine bessere Übersicht über jegliche gesetzlichen Vorlagen und die verschiedenen Möglichkeiten hat. Flexiblere Gesetzgebung. Vereinfachte Formen der Anfrage/ Umsetzung und vor allem auf formaler Ebene.“

„Flexibler gestalten, das Motto „weniger ist mehr“ im Sinne von viele Landwirte die einen Teil leisten ist besser als einige Landwirte, die große Teile leisten und viele Landwirte, die nicht dazu beitragen könne/wollen.“

Biotop-Schutz

Es lohnt sich, einige Befürchtungen zu analysieren, die mit der Entstehung und dem Schutz von Biotopen verbunden sind. Mehr als drei Viertel der teilnehmenden Landwirt:innen befürchten, dass Verbesserungen in der Artenvielfalt dazu führen könnten, dass ihre Flächen als Biotop geschützt und sie in ihrer Bewirtschaftung eingeschränkt werden. Unter den teilnehmenden **Bio-Betrieben** ist diese Befürchtung mit 70 % fast ebenso weit verbreitet.



Kommentare:

„Der Ansatz, dass die Biotope/ Maßnahmen sich nicht zum Negativem entwickeln, ist katastrophal. Die Natur ist im ständigem unanhaltbarem Wandel, somit ist eine Momentaufnahme durch Planungsbüros/Menschen morgen schon wieder falsch.“

„Auf guten Flächen eine produktive Landwirtschaft betreiben, Biotope und schützenswerte Fläche konsequent schützen.“

„Entwertung der Flächen durch entstehende Biotope vermeiden.“

Workshops:

Es wurden mögliche Gründe dafür besprochen, warum die Befürchtungen bzgl. der möglichen Ansiedlung neuer Arten und eines möglichen Biotop-Schutzes (78 %) stärker ausgeprägt sind als die Einschätzung, dass Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen sich tatsächlich positiv auf die Artenvielfalt auswirken (59 %).

Aus dem Austausch ging hervor, dass einige Landwirt:innen keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen und der Ansiedlung bestimmter Tiere oder Pflanzen sehen. Stattdessen vermuten sie, dass sich einige Arten vielleicht ohnehin bereits auf ihren Flächen befanden (vor den Maßnahmen) oder die Arten sich „zufälligerweise“ im Zuge von Maßnahmen angesiedelt haben. Einige Aussagen deuteten darauf hin, dass die Teilnehmenden, die diese Aussage machten, sich als Vertreter:innen zahlreicher Landwirt:innen sehen. Die Befürchtung, dass das „Risiko“ eines möglichen zukünftigen Biotop-Schutzes zunimmt, wenn Landwirt:innen etwa am Biodiversitätsprogramm teilnehmen, weil ihre Flächen dann mehr Aufmerksamkeit vonseiten Biologischer Stationen (Naturschutzsyndikaten, Naturparks), Förster:innen und/oder ANF erhalten, scheint recht verbreitet. Diese Befürchtung schreckte Einzelne von einer Teilnahme an den Biodiversitätsprogrammen ab, selbst wenn die förderfähigen Maßnahmen an sich für sinnvoll halten. Einige Landwirt:innen ziehen es nach eigenen Aussagen vor, entsprechende Maßnahmen ohne die staatliche Förderung umzusetzen. Die Befürchtung bestehe auch, obwohl Landwirt:innen gemäß Naturschutzgesetz (Artikel 17) bis fünf Jahre nach Ablauf der Fördermaßnahmen ihre Flächen wieder in den Ursprungszustand versetzen bzw. in die „normale“ Nutzung zurückführen dürfen.

Übergreifend ging aus den Diskussionen hervor, dass es teilweise an Vertrauen zwischen Landwirt:innen und Naturschutz-Syndikaten bzw. Biologischen Stationen fehlt. Bei einigen Landwirt:innen besteht der Eindruck, dass die Biologischen Stationen/Syndikate manchmal mehr daran interessiert seien, mehr Flächen in ihre Programme aufzunehmen als den Zustand der Natur und Artenvielfalt tatsächlich zu verbessern.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass keiner der Workshop-Teilnehmenden genau wusste, wie das Prozedere zur Ausweisung neuer Biotope eigentlich abläuft, wann neue Biotope überhaupt ausgewiesen werden und wer den Prozess auf welcher Grundlage anstößt.

4.2.3 Image und soziale Faktoren

In Bezug auf soziale Faktoren und den Wunsch der Landwirt:innen nach einer Verbesserung ihres Images zeichnen die Umfrageergebnisse ein interessantes und teilweise widersprüchliches Bild.

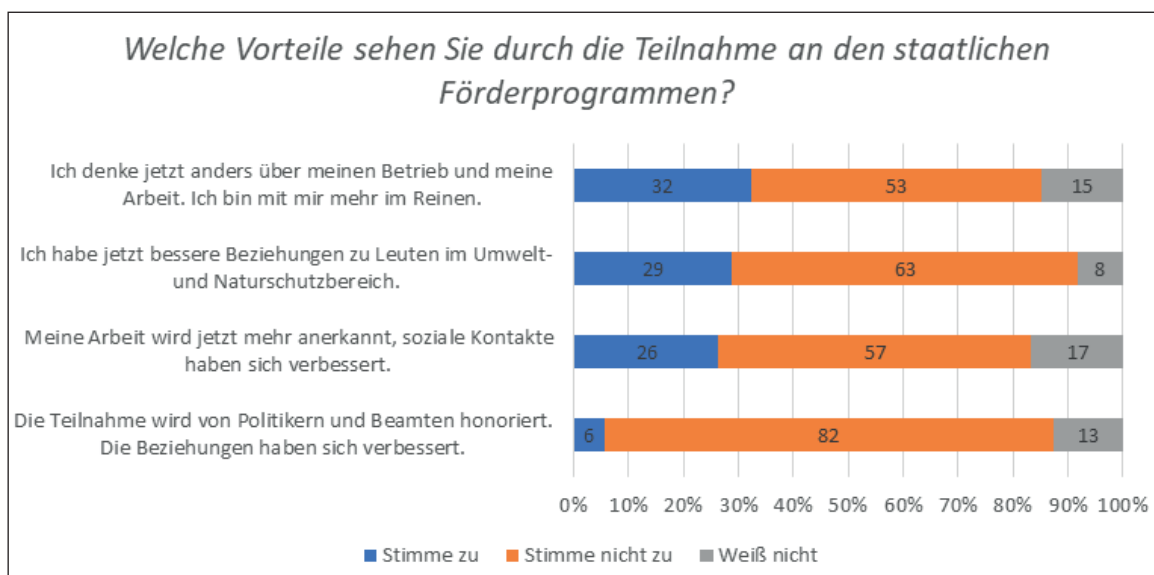
Einerseits gehört die Verbesserung ihres „Image“ zu einem der am häufigsten genannten **Beweggründe** für die Teilnahme an staatlichen Förderprogrammen für Umwelt- und Naturschutz (86 %). Gleichzeitig stellt weniger als ein Drittel der Landwirt:innen fest, dass sich ihre sozialen Kontakte verbessert hätten und sie dank der Teilnahme bessere Beziehungen zu Leuten im Bereich Umwelt- und Naturschutz aufgebaut hätten.

Am weitesten klaffen Erwartungen und erlebte Anerkennung in Bezug auf staatliche Akteure auseinander. Lediglich 6 % haben das Gefühl, dass ihre Teilnahme seitens von Politik und Verwaltung honoriert wird. Der Eindruck der unzureichenden Honorierung lässt sich sicherlich zumindest teilweise durch die als unzureichend empfundene finanzielle Unterstützung erklären (siehe auch 4.2.4).

Unabhängig von den sozialen Beziehungen gibt ein Drittel der Befragten an, dank der Teilnahme an den Förderprogrammen mit sich selbst „mehr im Reinen“ zu sein.

Bei **Bio-Betrieben** zeigt sich ein positiveres Bild. Wesentlich mehr – 50 % der teilnehmenden **Bio-Landwirt:innen** - erleben, dass sich ihre Beziehungen zu Leuten im Umwelt- und Naturschutz verbessert haben und 60 % von ihnen sehen generell Verbesserungen ihrer sozialen Kontakte. Jedoch gibt es auch unter den **Bio-Betrieben** lediglich eine einzige Person, die ihre Teilnahme an Förderprogrammen in Politik und Verwaltungen honoriert sieht.

Gleichzeitig geben im prozentualen Vergleich doppelt so viele **Bio-Landwirt:innen** (60 %) wie Landwirt:innen insgesamt an „*Ich denke jetzt anders über meinen Betrieb und meine Arbeit. Ich bin mit mir im Reinen*“.



Workshops:

Auf der Suche nach möglichen Erklärungen dafür, dass die Anerkennung ihrer Arbeit hinter ihren Erwartungen zurückbleibt, stellten einige der Teilnehmenden fest, dass die Durchführung von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen (vor allem bei konventionellen Betrieben) nach Außen hin in den wenigstens Fällen sichtbar sei. Die allermeisten Nachbar:innen, Passanten und Verbraucher:innen würden es nicht „mitbekommen“, wenn ein Landwirt seine Produktion z.B. extensiviert hat. Es sei daher kein Wunder, dass sich dies allein nicht positiv auf Beziehungen und Kontakte auswirke. Aus den Workshops gingen ebenfalls einige Anregungen hierzu hervor.

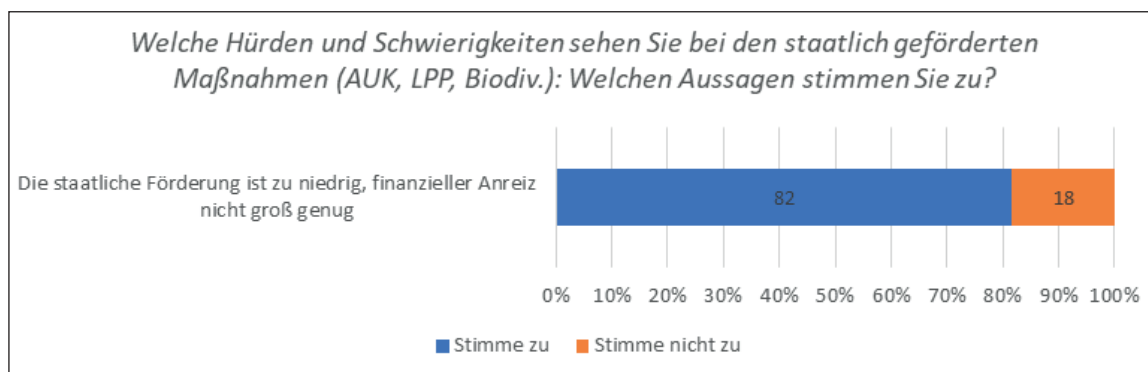
Es sei nicht hilfreich, dass staatliche Stellen zu der Teilnahme an den Förderprogrammen nicht mehr Daten und Informationen veröffentlichten.

4.2.4 Staatliche Förderung

Mehr als zwei Drittel der Teilnehmer:innen (68 %) erwarten sich von der Teilnahme an staatlichen Förderprogrammen eine Einkommensunterstützung. Prämien / Subsidien gehören damit *nicht* zu den am häufigsten genannten *Gründen* für die Durchführung von Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen. Dennoch sind sie der am häufigsten genannte *Vorteil* der Programme. So sind ebenfalls knapp zwei Drittel der Landwirt:innen der Meinung, dass sich ihr Einkommen dank der Zuschüsse stabilisiert hat (knapp 62 %). Knapp die Hälfte gibt an, dass sich ihre finanzielle Situation dank der Programme sogar verbessert habe.

Gleichzeitig halten rund 82 % die staatliche Förderung für zu niedrig und unzureichend als Anreiz für die Durchführung von Maßnahmen. Die finanziellen Hilfen seien eine Entschädigung, aber würden oft kaum den Ertragsausfall bzw. die zusätzlichen Kosten decken (siehe Kommentare).

Hinzu kommt, dass knapp die Hälfte der Teilnehmenden angibt, dass die Auflagen auf den Flächen so streng sind, dass sie sie ohnehin kaum anders bewirtschaften könnten (siehe 4.2.2). Dies könnte zumindest zum Teil erklären, warum weniger als ein Drittel angab, *aufgrund* der Teilnahme an Förderprogrammen „viel über weniger intensive Bewirtschaftungsmethoden gelernt“ zu haben (siehe 4.2.1). Einige Umfrage-Kommentare und Aussagen bei den Workshops lassen ebenfalls auf einen gewissen „Mitnahmeeffekt“ schließen.



Kommentare:

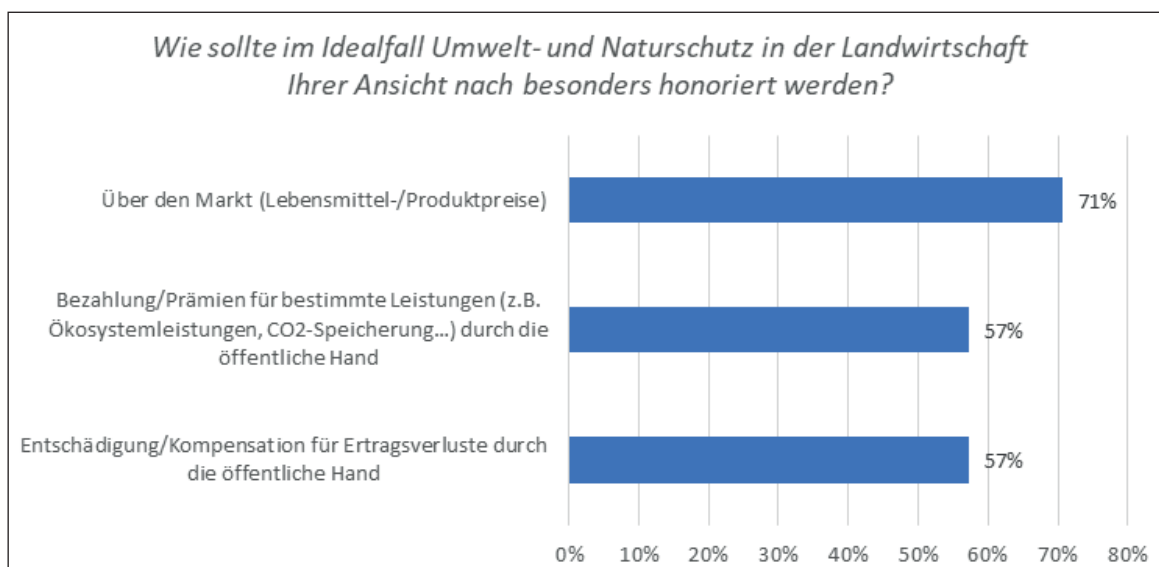
- „Finanzieller Anreiz für den Landwirt sich in Richtung Naturschutz zu entwickeln, neue Techniken auszuprobieren und diese vielleicht auch auf anderen Flächen zu verwenden.“
- „Einwand zur Frage: „Ich verdiene zu wenig. Ich brauche diese Gelder als Einkommens[unterstützung]“, zum Beispiel Zwischenfrüchte, das kostet das Aussäen von ZF mehr als ich dadurch einnehme, idem z.B. beim Hacken von Mais. Hier bekommt man zwar 175 €/ha, dies deckt die Maschinenkosten aber nicht den Ausfall, den man hat.“
- „Entschädigung für nicht voll ausgenutztes Produktionspotential“
- „Der Ertragsausfall wird entschädigt, eine finanzielle Belohnung für die Maßnahmen gibt es nicht!“
- „Förderung ersetzt oft nicht einmal den Mehraufwand, geschweige denn den entgangenen Gewinn einer Produktion zu kompensieren.“
- „Die finanziellen Anreize sind oft zu gering, wir bekommen teilweise die Summe pro ha (Fruchtfolge) wie 2015. Haben Sie auch noch Ihr Gehalt von 2015?“
- „Verschiedene Maßnahmen werden sowieso durchgeführt, da kann man die staatlichen Förderungen für den zusätzlichen Aufwand auch mitnehmen -> Umsatzsteigerung“
- „Es gibt keine Vorteile. Man ist gezwungen oder man bekommt nichts und ist gezwungen aufzuhören“
- „Gesellschaftlicher und politischer Druck sowie gesetzliche Vorschrift. Alternativlose Möglichkeiten durch gesetzliche Vorlagen. Man macht es, weil man gezwungen ist, weil wenn man es nicht macht, behält man überhaupt nichts mehr“

Workshops:

In den Workshops wurde geschlussfolgert, dass die öffentlichen Förderprogramme eine willkommene *zusätzliche* Unterstützung für jene seien, die ohnehin mehr für den Umwelt- und Naturschutz tun wollen – oder aufgrund von Schutzauflagen kaum eine andere Wahl hätten. Dahingegen scheinen sie ihre Wirkung weniger bei jenen zu entfalten, denen es aufgrund der Lage ihrer Flächen weiterhin möglich ist, vergleichsweise intensiv zu produzieren oder die nicht ohnehin bereits von der Sinnhaftigkeit der Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen überzeugt sind.

Bezahlung für Ökosystemleistungen

Zwei Drittel der teilnehmenden Landwirt:innen beklagen sich über zu geringe Einkommen (siehe oben und 4.2.5). Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, dass sich mehr als die Hälfte wünschen würden, dass staatliche Prämien nicht nur Ertragsverluste entschädigen / kompensieren, sondern auch bestimmte Leistungen (wie Ökosystemleistungen, CO₂-Speicherung oder ähnliches) gezielt fördern sollten. Es gibt jedoch nicht nur Forderungen nach mehr finanzieller Unterstützung durch den Staat, denn 71 % sind zudem der Ansicht, dass Umwelt- und Naturschutz im Idealfall über den Markt (sprich über Lebensmittel- / Produktpreise) honoriert werden sollte.



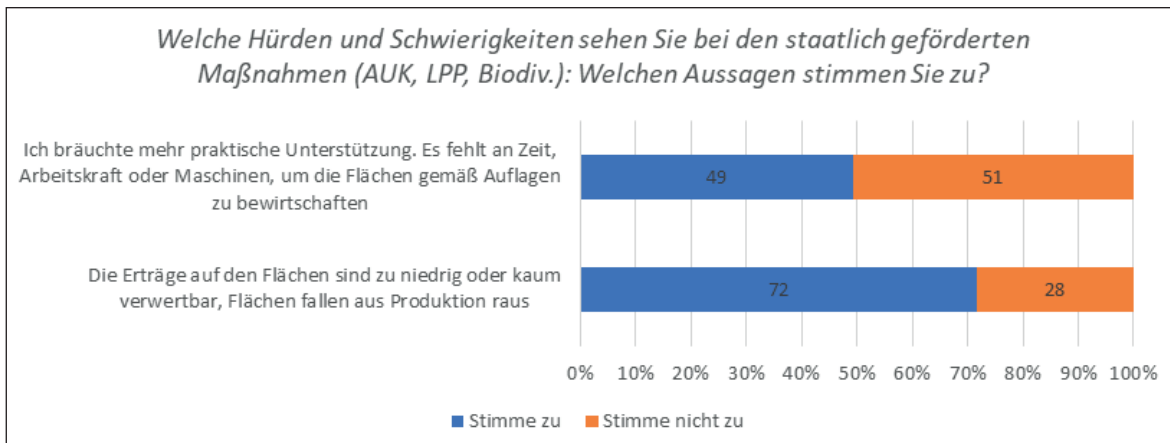
4.2.5 Produktion und Vermarktung

Die meisten Landwirt:innen sind der Meinung, dass die von ihnen durchgeführten Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen sich nicht bzw. kaum positiv auf ihre Produktion, die Produktqualität und ihren Absatz auswirken.

4.2.5.1 Erträge und Bewirtschaftung

Knapp drei Viertel geben an, Ertragsverluste auf Flächen zu haben, auf denen sie Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen durchführen: „Die Erträge auf den Flächen sind zu niedrig oder kaum verwertbar, Flächen fallen aus der Produktion raus“. Weniger als die Hälfte der Befragten (47 %) nimmt nach eigenen Angaben an den Förderprogrammen teil, um ihre Produktion zu verbessern. Weniger als ein Drittel gibt an, aufgrund der Teilnahme an Förderprogrammen „viel über weniger intensive Bewirtschaftungsmethoden gelernt“ zu haben (siehe auch oben 4.2.1).

Knapp der Hälfte fehlt es außerdem an praktischer Unterstützung in Form von Zeit, Arbeitskraft und Maschinen, um ihre Flächen gemäß Auflagen zu bewirtschaften.



Kommentare aus der Umfrage:

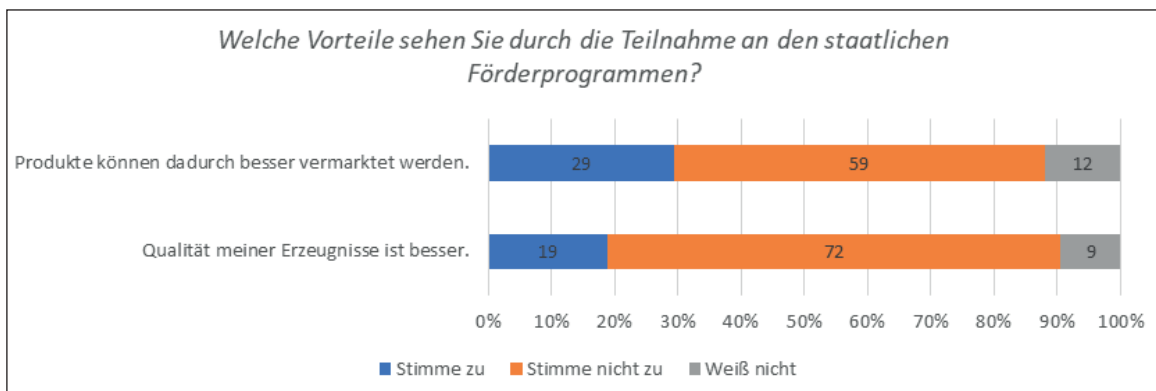
„Kein Verpächter nimmt ein Kontrakt auf für 20 Jahre Miscanthus. Kosten der Verfahren und Zeitinvestition sind viel zu hoch und kaum umsetzbar. Futterqualität von geschützten Acker oder Wiesen kaum verwendbar. Ersatzprämien für den Ertragsverlust sind lachhaft und nicht tragbar. Gesetzliche Vorlagen für bestimmte Biotop oder so sind viel zu komplex und festgelegt und haben keinen Freiraum für alternativen. Flächenverluste... Viel zu stark Zeiteinhalte Regelungen mit Kombinationen von Wetterereignissen passen öfters nicht überein. Fehlende Technik“

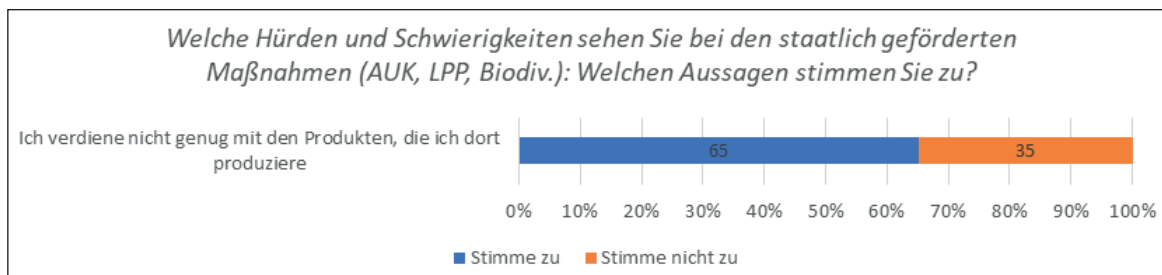
„Wenn z.B. in Natura2000-Gebieten nicht mehr gestriegelt werden darf, kann ich das Potenzial meines Grünlandes nicht genug ausschöpfen.“

4.2.5.2 Vermarktung und Produktqualität

Dass Umwelt- und Naturschutz derzeit nicht unbedingt mit der Aussicht auf bessere Vermarktungsmöglichkeiten zusammenhängt, wird aus folgendem deutlich: Knapp zwei Drittel stimmen der Aussage zu: „Ich verdiene nicht genug mit den Produkten, die ich dort produziere“. Lediglich 29 % geben an, dass sich ihre Produkte aufgrund der Maßnahmen besser vermarkten lassen. Bei **Bio-Betrieben** sind es immerhin 56 %.

Lediglich 19 % der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die Maßnahmen die Qualität ihrer Erzeugnisse verbessern.



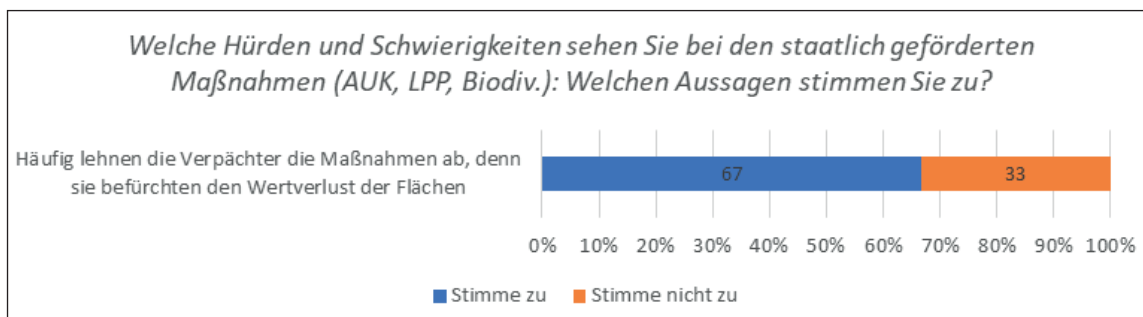


Kommentare:

„Wir müssen mit der Natur arbeiten, sonst funktioniert’s irgendwann nicht mehr, besserer Preis durch besser organisierte Vermarktung, dass beim Kunden die Maßnahmen auch ankommen.“

4.2.5.3 Pachtland

Der Anteil an Pachtland in der luxemburgischen Landwirtschaft ist in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen und lag 2016 bei knapp 60 %⁶. Dies begrenzt die Möglichkeit von Landwirt:innen Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen durchzuführen. Rund zwei Drittel stimmen der Aussage zu: „Häufig lehnen die Verpächter die Maßnahmen ab, denn sie befürchten den Wertverlust der Flächen“. Diese Befürchtung hängt unter anderem mit der Befürchtung zusammen, dass auf den Flächen ein Biotop ausgewiesen werden könnte (siehe 4.2.2).



Workshops:

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es einige Verpächter:innen gebe, die explizit fordern, dass auf ihrem Land beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Artenvielfalt durchgeführt werden (wie Blühstreifen). In diesen Fällen seien die Verpächter:innen oft nicht selbst Landwirt:innen, kämen aus der Stadt und seien tendenziell jünger.

4.2.6 Weitere Umfrage-Kommentare

Den Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, in einem freien Textfeld weitere Kommentare zu schreiben.

Frage: *Was bewegt Sie sonst noch in Bezug auf Klima-, Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft?*

Kommentare:

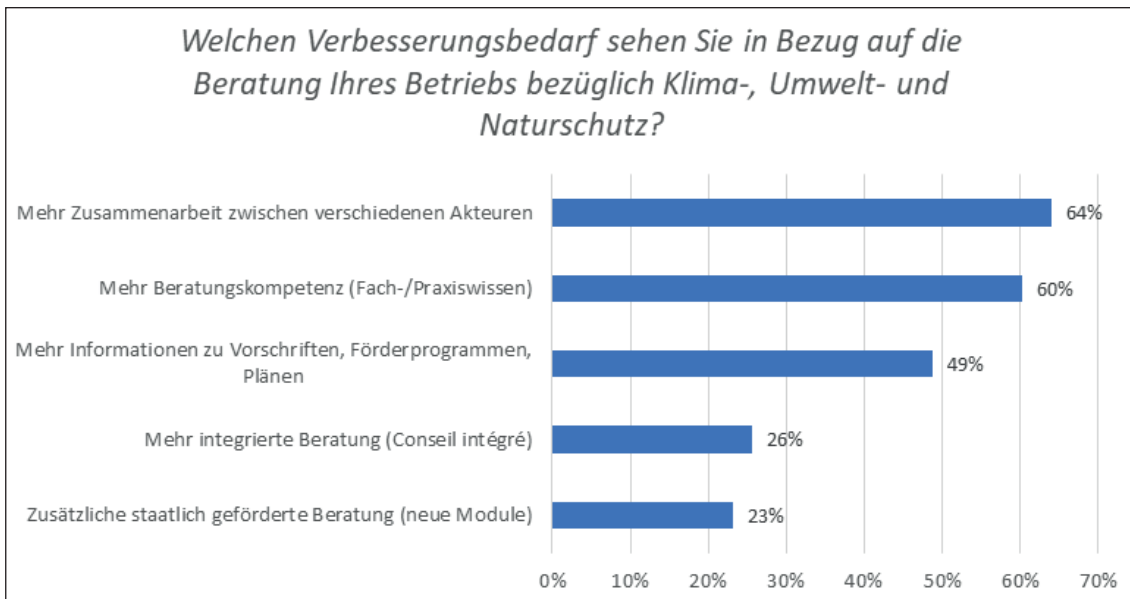
„Kommunikation zwischen Politik, Gesetzgebung und Landwirtschaft“
„Man sollte an dem Prinzip „Konkurrenz belebt das Geschäft“ festhalten. Zuviel Koordination „von oben“ ist eher kontraproduktiv. Man sollte verschiedene Akteure zum Zuge kommen lassen. Unter dem Strich kommen so mehr gute Ideen auf die Tagesordnung.“
„Meine eigene Überzeugung, und wie ich dir Natur sehe.“
„Auf guten Flächen eine produktive Landwirtschaft betreiben, Biotop und schützenswerte Flächen konsequent schützen.“
„Eigenes Interesse am Schutz der Natur und Tiere. Freude an Wohlbefinden der Tiere und der schönen Natur. Existenzängste durch Umwelt und Naturschutz. Interesse an Nachhaltigem produzieren. Realismus der Gesellschaft und der runterblickenden Gesellschaft, die immer alles besser wissen, wie Natur und Landwirtschaft funktioniert. Der Bezug zur Natur und Landwirtschaft.“
„Weil ich meine Arbeit mit Boden und Vieh aus Leidenschaft betreibe.“
„Das noch weitere Generationen auf den Betrieben wirtschaften können.“
„Man bringt ja zum Beispiel auch nur Spritzmittel auf den Feldern aus, wenn es wirklich nötig ist, das andere wäre zu teuer und es könnten sich eventuelle Resistenzen bilden wenn man das jährlich auf den gleichen Flächen durchführt.“
„Bestimmungen in der Landwirtschaft in Bezug auf Düngung, PSM etc... MÜSSEN auch für jedermann gelten auch bei privat Personen im Garten!“
„Es fehlt der grünen Lobby an agronomischen Kompetenzen und dem Agrarministerium an einer gewissen Weitsicht.“
„Ich finde es nicht in Ordnung dass wir alle in Richtung Bio gedrängt werden und schikaniert werden bei der Anwendung von PSM. Die Strafen bei falscher Dosis sind sehr heftig, um dem Letzten zu zeigen, dass er doch endlich bio machen soll und nichts nennenswertes mehr produzieren soll. Im Supermarkt werden Produkte verkauft, die nicht unseren Standards entsprechen, also fördern wir diese Produktionsweisen. Wir wollen diese Produktionen nur nicht vor unserer Haustür haben. Wir zählen uns zum besseren Teil der Weltbevölkerung.“
„Der Landwirt ist immer der Dumme.“
„Neutralere Berichterstattungen im Letzebauerger Bauer :-)"

4.3 Informationen und Beratung

86 % der Teilnehmenden geben an, dass Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen bei „vielen Landwirt:innen auf Skepsis“ stoßen. Skepsis abzubauen ist demnach ein wichtiges Ziel der bestehenden Informations- und Beratungsangebote. Teilnehmende wurden darum gebeten, die derzeitigen Angebote zu bewerten. Knapp die Hälfte der Teilnehmenden ist der Meinung, dass es „an Beratung und Informationen [dazu] fehlt, wie sich die Maßnahmen umsetzen lassen“ (siehe 4.1.3). Weiter wurde nach dem konkreten Verbesserungsbedarf gefragt.

Frage: *Welchen Verbesserungsbedarf sehen Sie in Bezug auf die Beratung Ihres Betriebs bezüglich Klima-, Umwelt- und Naturschutz?*

Knapp zwei Drittel der Teilnehmenden wünschen sich „Mehr Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren“, 60 % „mehr Beratungskompetenz (Fach- / Praxiswissen)“. Lediglich eine Minderheit wünscht sich jedoch eine integrierte Beratung / „conseil intégré“ (26 %) bzw. zusätzliche Beratung (23 %). Einige Kommentare und Aussagen bei den Workshops geben Aufschluss über mögliche Gründe.



Kommentare:

„Planungssicherheit über Jahre ist besser als Beratung, da die Rahmenbedingungen zurzeit schneller ändern als die Beratung sich anpassen kann“

„Umdenken bei den Landwirten: Klimaschutz verständlicher erklären, Vorzüge für eigenen Betrieb und Nachkommen klar hervorheben“

„Den aktuellen Beratern mehr Zeit geben“

„Mehr Zusammenarbeit mit richtigen Fachleuten. Barenbrug oder Verband und nicht nur Beratung von Leuten, die nur im Büro sitzen“

„Besser Ausbildung von den Beroeder“

Workshops:

In Bezug auf die Idee einer integrierten Beratung merkten Teilnehmende an, dass es den „conseil intégré“ in gewisser Weise bereits gebe, sein Ruf jedoch derart schlecht sei, dass er ein schlechtes Licht auf die Idee der integrierten Beratung insgesamt werfe.

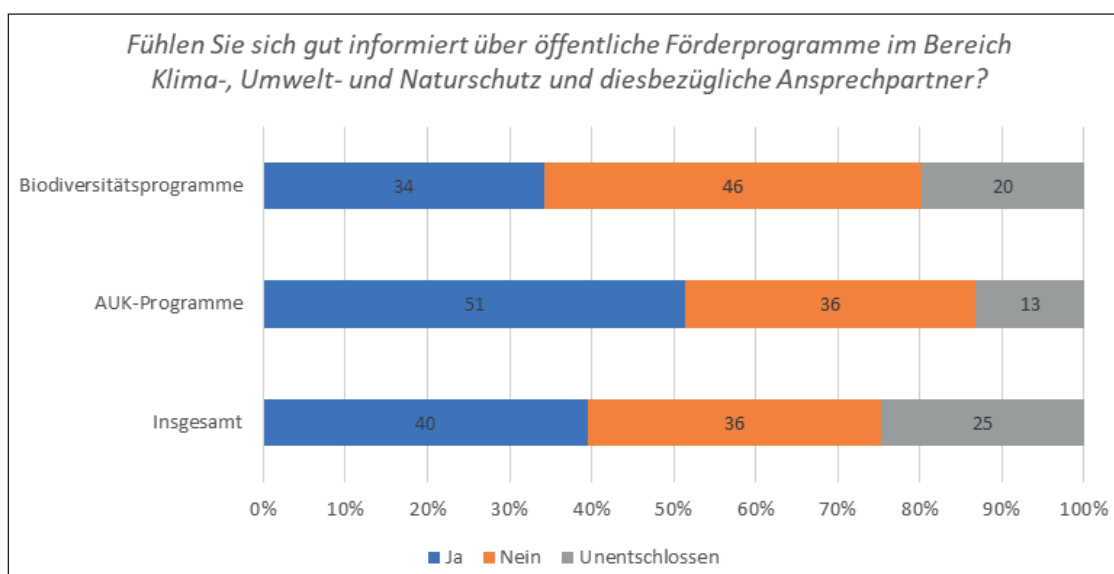
Danach gefragt, wie eine bessere Zusammenarbeit in der landwirtschaftlichen Beratung konkret aussehen könnte, schlugen einige Teilnehmenden vor, dass die „klassischen“ Landwirtschaftsberater:innen und die Biodiversitäts-Berater:innen der Biologischen Stationen / Syndikate im besten Fall gemeinsame Beratungen mit den Landwirt:innen durchführen oder sich im Vorfeld und im Nachgang zu Beratungen zumindest absprechen und sich z.B. darauf einigen sollten, welches Programm und welche Maßnahme(n) sie für einen bestimmten Betrieb für am sinnvollsten halten.

AUK-Maßnahmen und Biodiversitätsprogramme

Frage: Fühlen Sie sich gut informiert über öffentliche Förderprogramme im Bereich Klima-, Umwelt- und Naturschutz und diesbezügliche Ansprechpartner?

Lediglich 40 % der Teilnehmenden fühlen sich insgesamt gut informiert über öffentliche Förderprogramme (und die entsprechenden Ansprechpartner) im Bereich Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Etwas besser sieht es bei den AUK-Programmen aus, über die sich rund die Hälfte gut informiert fühlt. Größer ist der Informationsbedarf in Bezug auf die Biodiversitätsprogramme: Lediglich 34 % fühlen sich gut informiert.

Ein möglicher Grund hierfür ist, dass die Informationen und die Beratung über das Biodiversitätsprogramm nicht über die in der Landwirtschaft etablierten „herkömmlichen“ Stellen (ASTA, SER) und Beratungsstrukturen (LWK, CONVIS) laufen, sondern von der Naturverwaltung und den Biologischen Stationen der Syndikate getragen werden.



Workshops:

Hier wurde angemerkt, dass Landwirt:innen vor allem dann über das Biodiversitätsprogramm informiert würden, wenn sie sich selbst proaktiv an die Biologischen Stationen wenden. Einige Betriebe würden dies jedoch nicht tun, weil sie befürchteten, gleich zu mehreren Maßnahmen verpflichtet zu werden und / oder dass auf ihren Flächen bedrohte Arten entdeckt würden (siehe „Biotop-Schutz“ unter 4.2.2). Auch seien die Biodiversitäts-Maßnahmen insgesamt sehr – oder gar „zu“ - komplex, was einige Landwirt:innen abschrecke - oder zumindest den Bedarf an Beratung erhöhe.

5. Zusammenarbeit und Weiterbildung

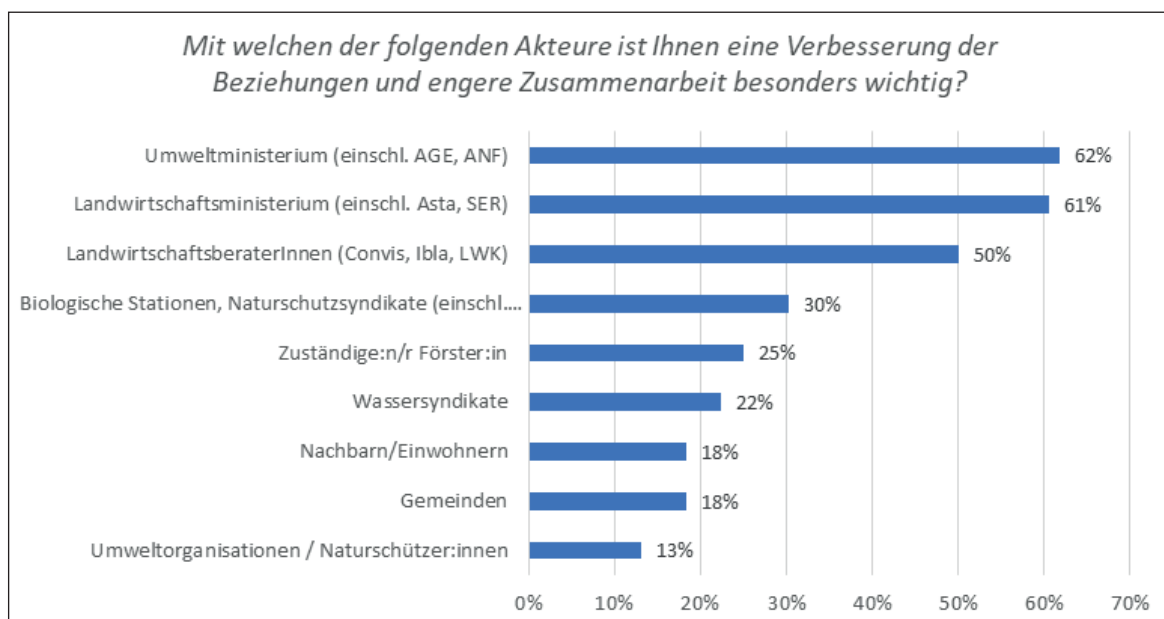
Aus den Ergebnissen der Umfrage geht hervor, dass eine Mehrzahl der teilnehmenden Landwirt:innen einen Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren sieht:

- im Hinblick auf Planungs- und Genehmigungsprozedere sowie Beratung bei der Betriebsentwicklung und entsprechenden Projekten wird eine bessere Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden gewünscht (siehe 3.3.3)
- im Hinblick auf Planung und Genehmigungen im Bereich Wasser (65 %), Naturschutz (83 %) und bzgl. des Kommodo-Gesetzes (54 %) wird sich zusätzliche Unterstützung und Beratung gewünscht (siehe 3.3.3.)
- im Hinblick auf die Beratung zu Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen (siehe 4.3).

Im letzten Teil der Umfrage wurden die Teilnehmenden schließlich gefragt:

Frage: Mit welchen Akteuren ist Ihnen eine Verbesserung der Beziehungen und engere Zusammenarbeit besonders wichtig?

Aus den Antworten geht hervor, dass sich über 60 % vor allem bessere Beziehungen zum Landwirtschaftsministerium sowie zum Umweltministerium (mitsamt ihren Verwaltungen) wünscht, gefolgt von den Landwirtschaftsberater:innen von CONVIS, IBLA und der LWK. Weniger Landwirt:innen sind bessere Beziehungen und mehr Zusammenarbeit mit den Biologischen Stationen und Naturschutzsyndikaten besonders wichtig (30 %), gefolgt von Förster:innen und Wassersyndikaten. Beziehungen zu Gemeinden und Nachbarn / Einwohner:innen liegen gleichauf (rund 15 %). Am wenigsten wichtig sind ihnen Verbesserungen der Beziehungen zu Umweltorganisationen und Naturschützer:innen.



5.1. Gute Beispiele

Frage: Welche guten Beispiele kennen Sie für Kooperation und Zusammenspiel zwischen Landwirtschaft und Umwelt- und Naturschutz?

Von den 86 Teilnehmenden geben 18 konkrete Projekte an: allen voran SICONA mit Natur genéissen und Projekte des Naturparks Öewersauer (LAKU, Kären vum Séi), die mehrmals genannt wurden.

Ebenfalls erwähnt wurden IBLA-Fallstudien, SES-Zusammenarbeit, SIAS, Naturschutzfleisch, Quellenschutzprojekte im Ourdall, Fondation Natur&Ëmwelt und Naturpark Our, (CONVIS-) Nachhaltigkeitsmonitoring, frühere Wasserschutzprojekte vom Oekofonds und Kooperativen für Landschaftspflegeprämie in den Niederlanden, Positerra/regenerative Landwirtschaft, integrierte Landwirtschaft, Universität Neustadt.

Kommentare:

„Die Landwirtschaft nicht immer für alle Missstände verantwortlich machen, sondern als Teil der Lösung als gleichwertiger Partner auf Augenhöhe anerkennen.“

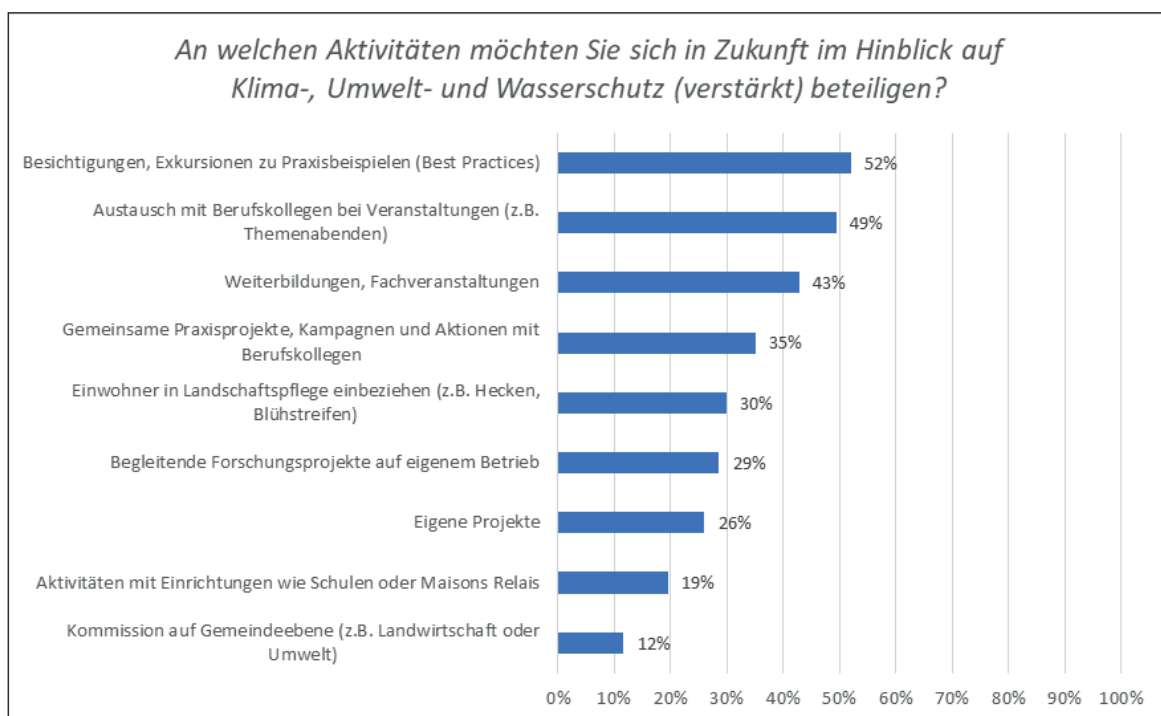
Workshops:

Bei den Workshops wurde darauf hingewiesen, dass es sich hierbei in den meisten Fällen um Projekte handele, bei denen die Landwirt:innen als Partner teilnehmen und die ihnen neue bzw. sicherere Einkommensmöglichkeiten eröffnen. Um Innovation, neue Betriebszweige und Absatzmärkte zu fördern, wurde ebenfalls die Idee eines „Luxinnovation“ oder „Neobuild“ für die Landwirtschaft erwähnt.

5.2 Weiterbildung und Austausch zu Umweltschutz

Frage: An welchen Aktivitäten möchten Sie sich in Zukunft im Hinblick auf Klima-, Umwelt- und Wasserschutz (verstärkt) beteiligen?

Besonders groß ist das Interesse an Besichtigungen und Exkursionen zu Praxisbeispielen sowie an anderen Formaten, bei denen der Austausch mit Berufskolleg:innen im Vordergrund stehen.



Workshops:

Bei einem der Workshops wurde angeregt, dass z.B. „Thementage“ für sowohl Landwirt:innen als auch Umwelt- und Naturschützer:innen auf einem Hof organisiert werden könnte, der seine Flächen im Sinne von Umwelt- und Naturschutz extensiv bewirtschaftet und auch betriebswirtschaftlich gut funktioniert.

6. Nutzung und Verwertung der Ergebnisse

Die Ergebnisse und Anregungen aus der Umfrage und Workshops werden in zweierlei Form aufgegriffen, um konkrete Verbesserungen für Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft zu erreichen.

So haben das Oekozenner Pafendall und die *Lëtzebuenger Landjugend a Jongbaueren* (LLJ), in Kooperation mit dem *Mouvement Ecologique*, Empfehlungen zu notwendigen strukturellen Verbesserungen für Umwelt- und Naturschutz ausgearbeitet, die sich vorrangig an politische Entscheidungsträger:innen richten (vor allem in den Ministerien für Umwelt und Landwirtschaft) (siehe separates Dokument auf okeozenner.lu).

Zusätzlich fließen die Ergebnisse in die Schwerpunktsetzung und Aktivitäten der *Ekologesch Landwirtschaftsberodung* des Oekozenner Pafendall (in Kooperation mit *Lëtzebuenger Landjugend a Jongbaueren* (LLJ)) ein.

